

Bezugspreise:

Belegblätter 7,50 Mk. monatlich 2,50 Mk. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreise:

Die achtzehnjährige Nonpareil-Zeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 8. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Frieden der Vernichtung.

Die Friedensbedingungen sind den deutschen Delegierten heute übergeben worden.

Die Ententemächte — allen voran Amerika, das besonders halbwegs durch den Mund Wilsons die schönen Phrasen von Gerechtigkeit, Rechtsfrieden, Dauerfrieden, Völkerverständnis usw. verkündet hat — haben nun auch offiziell die Maske vom Gesicht gerissen.

Einen Rechtsfrieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons wollte man mit uns schließen. Den Völkern sollte der Stachel gegenseitigen Hasses fortgenommen, ihre Lebensinteressen sollten geschützt und ihr Selbstbestimmungsrecht sollte gewahrt werden.

Die Welt, die einst gläubig aufhorchte und Hoffnung auf eine veröhnliche Zukunft schöpfte, wird nun bitter enttäuscht sein. Das deutsche Volk aber muß sehen, daß man seine augenblickliche Ohnmacht rücksichtslos und gewissenlos für die materiellen Interessen der Sieger ausnützt.

Große Teile des deutschen Volkes sollen unter fremder Herrschaft gezwungen werden. Die für die Wirtschaftskraft Deutschlands wertvollsten Gebiete links des Rheins, in Oberschlesien, in Posen will man uns entreißen. Die deutschen Kolonien fallen in die Hände der Gegner und außerdem sollen uns finanzielle Lasten, neben den Materiallieferungen und neben den Kosten für die Besetzungen, in unmöglicher Höhe auferlegt werden.

In den Ententeländern muß man gegenüber der Wirtschaftskraft des deutschen Volkes völlig blind sein, oder man muß toll geworden sein!

Man verkündet, daß die Alliierten unter diesen Bedingungen allein mit Deutschland Frieden schließen werden, und im dritten Abschnitt des Völkerbundentwurfs werden wir noch besonders verpflichtet, die durch den Frieden in Europa herbeigeführten politischen Veränderungen anzunehmen.

Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob diese ungeheuerliche Vergewaltigung unseres Volkes von uns unterzeichnet werden wird. Die großen Ernährungschwierigkeiten Deutschlands legen uns besondere Pflichten auf. Soviel aber sei gesagt, wenn wir diesen Frieden unterzeichnen, dann geschieht es nur, dem Gebot der Gewalt folgend. Innerlich lehnen wir diesen Frieden entschieden ab!

Wir können nicht annehmen, daß unter den Westvölkern sich auch nur ein Mann mit fünf gesunden Sinnen befindet, der daran glaubt, daß dieser Frieden von Dauer sein kann. Ein solcher Friede ist nichts anderes als latenter Herrschaftskrieg, der Ausrottungsversuch eines Volkes nicht mit offener Waffengewalt, mit den Mitteln brutaler Wirtschaftlicher Sklaverei.

Wir vertrauen auf die starken Volkskräfte, die gegenwärtig in der Welt lebendig sind, und die man nicht durch wahnwitzige Versuche, vom grünen Tisch aus ein verzerrtes, unnatürliches Weltbild zu gestalten, im Banne halten kann. Was man jetzt in Versailles den Frieden schließen, man wird doch nichts tun, als der Welt ein papiernes Dokument fälschen.

Der wahre Frieden, der einen gerechten Ausgleich unter den Völkern und auf die Dauer eine veröhnliche Stimmung schafft, ist durch dieses papierne Geminnis nicht aufzuhalten. Er wird auch diesen Friedens-Putschismus, diese Sabotierung der Rechtsidee überwinden, und ihm allein, nicht aber den Gewalttätern von Paris und Versailles wird das deutsche Volk sich beugen.

Auszug aus dem Friedensvertrag.

Amsterdam, 7. Mai. Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus dem Friedensvertrag enthält u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab.

Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung freigestellt. Belgien erhält das ständige Gebiet von Moresnet und einen Teil von preussisch Moresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen binnen 6 Monaten gegen diese Abänderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerbund endgültig entscheidet.

20 Milliarden in Gold, in Waren, Schiffen und dergleichen bezahlen. Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Ersatzzpflicht Tonne für Tonne und Klasse für Klasse anerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel seiner Fischdampfer und andere Fischereifahrzeuge ausliefern, sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten fünf Jahre jährlich Handelschiffe von 200 000 Tonnen bauen.

deutsche Gebiet westlich des Rheins und die Brückenköpfe 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebiete, darunter auch der Brückenkopf von Köln, nach fünf Jahren geräumt werden. Andere Gebiete, darunter der Brückenkopf von Koblenz nach 10 Jahren, wieder andere, darunter der Brückenkopf von Mainz nach 15 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Befestigungen sofort zurückgenommen.

Vororientiert.

Das „S.-Uhr-Abendblatt“ glaubt bereits mitteilen zu können, wie die Reichsregierung sich gegenüber den Friedensbedingungen verhalten wird. Die Reichsregierung pflegt keine Entscheidungen zu treffen, bevor ihr nicht die erforderlichen Unterlagen gegeben sind.

Falls wir nicht unterzeichnen ...

Paris, 7. Mai. (Havas.) Der oberste Wirtschaftsrat hielt gestern eine Sitzung ab, die von Lord Cecil präsidiert wurde. Er prüfte die Maßnahmen der wirtschaftlichen Abschließung Deutschlands für den Fall, daß die deutschen Delegierten sich weigern würden, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen. Auf Empfehlung der Finanzkommission hat der Rat beschlossen, folgende Erleichterungen einzutreten zu lassen: Die schwarzen Listen werden, so weit sie nicht heute schon verschwunden sind, aufgehoben. Die Neutralen sollen die Freiheit haben, Deutschland alle Kredite zu gewähren, die deutschen Guthaben sollen zur Bezahlung der Einfuhr freigegeben werden.

Die friedliche Waffe der Weltdurchdringung.

Von Erwin Barth.

Von der Macht des Verkehrswesens in seinem ganzen Umfange haben die meisten Menschen kaum eine Vorstellung. Straßen, Eisenbahnen, Post und Telegraph umspannen den ganzen Erdball, haben die kleinsten Flecken in der Familie der Völker miteinander verbunden und sie den gegenseitigen Einflüssen zugänglich gemacht.

An dieser Stelle soll der Versuch gemacht werden, in großen Zügen die Bedeutung des internationalen Nachrichtenverkehrs aufzuzeigen.

Die Intensivierung der Weltwirtschaft, des Handels und die damit verbundene Notwendigkeit, Informationen aus allen Weltteilen zu sammeln und überallhin zu geben und politische Einflüsse überallhin ausstrahlen zu lassen, erzwang sich eine Organisation, die mit fabelhafter Raschheit alle Ansprüche erfüllen konnte. Das Auftreten des elektrischen Telegraphen bildete den Anfang zu der modernen Entwicklung des Nachrichtenverkehrs.

Vor uns liegt ein Buch von Friedrich Fuchs: Telegraphische Nachrichtenbureau. Verlag Dietrich Reimer, Berlin, in dem mit feiner Sorgfalt alles geschichtliche Material für die Entwicklung des Nachrichtenverkehrs zusammengetragen ist und das mit seiner klugen Würdigung dieses ganzen Apparates zu einer unentbehrlichen Informations- und Lehrungsquelle für alle die wird, die den Wert dieses Gegenstandes erkennen wollen.

Ursprünglich waren es lediglich kaufmännische und finanzielle Interessen, die auf eine rasche, zuverlässige Nachrichtenübermittlung hindrängten, später traten dazu — neben den militärischen natürlich — insbesondere auch die politischen und die publizistischen Interessen. Heute haben wir fast kein Land in der Welt, in dem nicht das ganze Nachrichtenverkehrsnetzwerk durch Spezialbureaus zusammengefaßt wäre, und unter sich sind alle die Telegraphenbureaus zum gegenseitigen Nachrichtenaustausch und zur Vervollständigung und Verengerung des um die ganze Welt gelegten Netzes verbunden.

Wenn auch der Nachrichtendienst im allgemeinen sachlich und unpersönlich ist, und wenn er auch namentlich in Handels- und Finanzfragen ohne ein Höchstmaß von Zuverlässigkeit und Objektivität gar nicht denkbar ist, so wirkt er doch im politischen Leben sehr stark als Förderer der besonderen politischen Absichten der einzelnen Staaten.

Für politische Nachrichten kommen als erste und zuverlässigste Quellen die Regierungsstellen selbst in Frage, und obwohl die Nachrichtenbureaus nichts anderes tun, als sachlich und ohne Tendenz die politischen Mitteilungen weiterzuleiten, wirken sie damit als ein Instrument für die Verteidigung, Stärkung und Vertiefung der politischen Absichten einer Regierung. Die Regierungsinformationen, die nach den besonderen politischen Bedürfnissen abgestimmt sind und meist einen gewissen Eindruck und Einfluß erzielen wollen, bilden das Propagandamaterial, und die Telegraphenbureaus wirken als technische Verbreitungsapparate.

Die Bedeutung dieser politischen Waffe, die somit diese Nachrichtenbureaus darstellen, hat wohl keine Regierung schärfer erkannt als die englische. England hat durch eine äußerst kluge Förderung des bedeutendsten der internationalen Nachrichtenbureaus, des Reuterschen, seinen Einfluß über die ganze Welt hingestrahlet. Es hat sich Reuters nicht allein zur technischen Nachrichtenverbreitung bedient, sondern es hat ihn auch durch die Unterstützung der von ihm verlangten Konzessionen in Gebieten, deren Beeinflussung für England ganz besonders wertvoll war, geradezu zu einem politischen Propagandainstrument einporwachen lassen.

Als einziges Beispiel mögen die angestrebten und nur teilweise verwirklichten Reuter-Konzessionen in Persien

blenen. Neuter war nahe daran, das gesamte Verkehrs-
wesen Belgiens zu organisieren und monopolisieren und die
Banken und die Ausbeutung des Landes für sich allein zu
sichern. Erst die russische Intrige vermochte die bereits for-
mell erteilten Konzessionen wieder rückgängig zu machen,
aber Neuter erhielt dennoch die „Kaiserliche Bank Belgiens“
und die Konzession für die Haupttelegraphenlinie, die das
ganze Land von Nordwesten nach dem Südosten durch-
schneidet, und mit ihren zahlreichen Niederlassungen und
Agenturen Beeinflussungszentren im ganzen Lande schuf.
Die Waffe der Propaganda hat England meisterhaft ge-
handhabt, und mit ihr hat es letzten Endes die ganze Welt
gegen Deutschland mobilisiert und schließlich den Krieg ge-
winnen können. Die staatliche Förderung, die Neuter in
England erfährt, ist keiner anderen Devisenagentur in
irgend einem anderen Lande bisher zuteil geworden, weil
in keinem anderen Lande die Bedeutung der Beeinflussung
aller Wägen der Welt scharf genug erkannt wurde.

Was die Presse auf beschränktem lokalem Gebiet ist —
der politische Führer für den von ihr erfassten Kreis —
das ist das telegraphische Nachrichtenbureau für Millio-
nen und Abermillionen, die sich über den ganzen Erdball
zerstreuen.

Ein Land kann die beste und vorzüglichste Auslandspolitik
machen, das wird ihm aber gar nichts nützen, wenn sie nicht
bekannt wird, und wenn draußen in der Welt nicht der breite
Resonanzboden für die Auswirkung dieser Politik geschaffen
wird. Man kann Gesandtschaften, Konsulate und politische
Agenturen ins Ausland verlegen, kann Faktoreien, Banken,
Handelshäuser gründen, sie werden nur halben Wert für
die Förderung der Allgemeininteressen ihres Heimatstaates
haben, wenn sie nicht schnell und eindringlich über
alles was vorgeht und was geplant ist, unterrichtet werden.
Es muß aber mit besonderer Gewissenhaftigkeit auch dafür
gesorgt werden, daß die politischen Absichten einer Regierung
— soweit sie für die Öffentlichkeit überhaupt dargestellt
werden müssen — die öffentliche Meinung der ganzen Welt
durchdringen. Wenn die Presse als politischer Führer für
ihre beschränkte lokale Gebiet bezeichnet werden ist, so geht
daraus die Wichtigkeit einer unausgesetzten Befruchtung der
Zeitungen mit dem hervor, was für die Politik eines Landes
von Wichtigkeit ist und was geeignet ist, jene fremden Leser-
kreise zu beeinflussen.

Man hat gesagt, daß im Frieden das Nachrichtenwesen
als friedliches Mittel der Weltpolitik nichts
anderes ist als die Willkürmacht im Kriege. Beim Nach-
richtendienst kann es sich nicht um die gewalttätige Aufzwin-
gung einer Ueberzeugung handeln, sondern nur um ein
Durchdringen fremden Gebietes mit dem
Wollen und Können einer Nation.

Offenlich lernt Deutschland aus diesem Satze und
schämt neben den anderen Mitteln, die der Ausbreitung des
Ansehens Deutschlands dienen, den Wert des telegraphischen
Nachrichtendienstes mit dem Ernst ein, den es verdient. Da-
mit werden wir uns in die Lage versetzen können, in der
übrigen Welt die Gefühls- und ideellen Werte für uns zu
schaffen, die wir für den Wiederaufbau unserer
Stellung unter den Völkern nötig haben.

Die einzelnen Teile des Friedensvertrages.

Paris, 7. Mai. Neuter. Der Friedensvertrag zerfällt in
15 Abschnitte. Der erste enthält den Völkerbundsver-
trag. Der zweite beschreibt die Grenzen Deutschlands. Der
dritte verpflichtet Deutschland, die durch den Frieden in Europa
herbeigeführten politischen Veränderungen anzunehmen, errichtet
die Tschechoslowakei und Polen, revidiert die Grundlagen
der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens,
errichtet neue Regierungssysteme in Luxemburg und im Saar-
becken, gibt Elsaß-Lothringen an Frankreich zurück, stellt
die Grundzüge für die Regelung der schleswigschen Frage auf
und verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit Deutsch-
schlesiens anzuerkennen. Der vierte Abschnitt enthält einen
allgemeinen Verzicht Deutschlands auf seine ausländischen Be-
ziehungen und Rechte, stellt die internationale Anerkennung des

britischen Protektorats in Ägypten fest und annulliert
die Algerienakte. Der fünfte beschränkt den Umfang der
deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht
in Deutschland ab als ersten Schritt zur allgemeinen
Abrüstung. Der sechste regelt die Rückkehr der Kriegs-
gefangenen. Der siebente handelt von den Verantwortlich-
keiten und der Bestrafung und sieht ein gerichtliches Verfahren
gegen Kaiser Wilhelm vor. Der achte handelt von der
Schadensergütung und Wiedergutmachung und enthält besondere
Verfügungen über die Rückgabe der Trophäen aus früheren Krie-
gen. Der neunte enthält finanzielle Ausführungsbestim-
mungen. Der zehnte die wirtschaftlichen Bestimmungen und
sieht die nichtpolitischen internationalen Verträge und Konventionen
wieder in Kraft. Der elfte Abschnitt befaßt sich mit der Luft-
schiffahrt, der zwölfte regelt die internationale Kontrolle von
Häfen, Flüssen und Eisenbahnen mit besonderer Verfügung für
den Rieder Kanal, der dreizehnte enthält das Arbeitsabkom-
men, der vierzehnte bestimmt die Garantie für die Durchführungs-
fähigkeit der Fortdauer der militärischen Besetzung deutschen Gebiets.
Der fünfzehnte bringt noch eine Reihe von Klauseln über die An-
erkennung anderer in der Folge abzuschließender Verträge, die Be-
stätigung der preisenrichtigen Entscheidungen usw.

Die norwegische Sozialdemokratie für die „dritte Internationale“.

Kopenhagen, 7. Mai. „Politiken“ meldet aus Kristiania:
Der Landesvorstand der norwegischen Sozial-
demokratie beschäftigte sich gestern mit der Tagesordnung für
den zu Pfingsten abzuhaltenden Parteitag. Die Mehrheit des
Vorstandes sprach sich dafür aus, daß die norwegische Sozialdemo-
kratie aus der Zweiten Internationale austreten und sich der
Dritten Internationale anschließen soll, deren Präsident
Lenin ist, und die ihren Sitz in Moskau hat.

Wahnsinn oder Verbrechen?

Erschießung von 21 vermeintlichen Spartakisten.

München, 7. Mai. (M) Die Erschütterung über den Geis-
ter- und über den wahnsinnigen Widerstand der Spartakisten hat
sich zu einer Schreckensstat geführt. Laut amtlicher Meldung
wurden gestern abend dreißig Personen in ein Gefängnis am
Karolinenplatz eingeliefert, weil sie im Norden der Stadt eine Ver-
sammlung abgehalten hatten. Wegen 9 Uhr abends bran-
nen bewaffnete bayerische Soldaten in das Ge-
fängnis ein, die im Glauben, Spartakisten vor
sich zu haben, 21 Personen erschossen. Die Schuldigen
sind verhaftet. Kriegsgewalttätige Unternehmung ist im Gange.
Die Generale von Oyen und von Wahl bedauern aus leb-
haftester diesen Ausbruch entsetzlicher Leidenschaft. Es wurden scharfe
Befehle erlassen, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Er-
schießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen
wird.

Wie dazu noch gemeldet wird, sind die Erschossenen Mitglieder
des katholischen Gesellenvereins St. Joseph, die
einen Vereinsabend abhielten.

Diese Meldung offenbart die ganze fürchterliche Bestialität
des Bürgerkrieges. Ein Schauer erfährt den, der sehen
muß, wie das endet, was am 6. November mit so friedlichem
Aufstand begann. Die Maßnahme gegen die Mörder ist eine
Selbstverständlichkeit, aber sie kommt zu spät!

Fünfhundert Tote . . .

München, 7. Mai. (M) Nach der „Münchener Zeitung“ darf
man annehmen, daß die Besetzung Münchens in München selbst
bestimmt mindestens 450 bis 500 Menschenleben gekostet hat. Noch
immer finden Angriffe auf einzelne Posten der Regierungstruppen
statt. In Giesing wurde ein Pionier erschlagen und drei Wunden-
posten von rückwärts erschossen. Heute nacht wurde ein Posten in
der Reichenmayer Straße erschossen. Das Oberkommando Oyen teilt
mit, daß das Ermittlungsverfahren wegen der auf der Flucht er-
folgten Erschießung der Spartakistenführer Egelhofer und Lan-
dauer bereits im Gange ist. Sicher erzählt die „Münchener Zei-
tung“ jetzt aus dem Oberkommando, daß die Gerüchte über Ge-
fangennahme oder Erschießung Tollers, Levis und Le-

vinés bestimmt unzutreffend sind. Sie können sich in
Sicherheit gebracht zu haben.

Genosse Auer wieder vollkommen her- gestellt.

München, 7. Mai. Das Befinden des Ministers Auer hat
sich in den letzten Wochen so gebessert, daß er bereits in ab-
sehbarer Zeit geheilt die chirurgische Klinik verlassen kann.

Das Befinden des Grafen Arco.

München, 7. Mai. Graf Arco ist von seinen schweren Ver-
wundungen, die er bei dem Attentat auf Eisner erhielt, soweit
wieder hergestellt, daß er am Dienstag von der chirurgischen Klinik
nach dem Strafvollzugsgefängnis Stadelheim gebracht
werden konnte, wo er bis zu seiner Verurteilung interniert
werden wird. Graf Arco war am Mittwoch, den 30. April, von
Kriegsarbeitern gewaltsam aus der Klinik entfernt und ins Kommu-
nistquartier in Holzhausen verschleppt worden, ebenso der gegen
seine Entführung protestierende Vorstand der Klinik, Gemeinrat
Dr. Sauerbruch. Letzterer wurde am nächsten Tage von dem
Stadtkommandanten Eschhofer verhaftet, wobei es einer nachdrück-
lichen Vorstellung von dritter Seite gelang, Dr. Sauerbruch nach
eintägiger Haft seinem Beruf zurückzuführen. Ebenso ist Graf Arco
wieder in die Klinik gebracht worden.

Die Aufstellung der Reichswehr in Bayern.

Bamberg, 7. Mai. (M) Im Kabinettsrat teilte gestern der
Regierungsvertreter mit, daß die Aufstellung der Reichswehr in
Bayern so rasch wie möglich erfolgen werde, und zwar auf der
Basis und in der Hauptsache mit den Beständen der jetzigen Frei-
willigenkorps und der Volkswehr. Von der Münchener
Garnison und von allen jenen Truppen, die, wenn auch nur vor-
übergehend, der Käteregierung zur Verfügung gestellt haben,
soll kein Mann in das künftige Heer aufgenommen werden. Die
Soldatenräte bleiben für die Zukunft von aller politischer
Tätigkeit ausgeschlossen. Diesen kommt nur der Charakter von
Vertrauensleuten in wirtschaftlichen und diszi-
plinären Fragen zu, aber keinerlei Einfluß auf die
Kommandogewalt. In einer amtlichen Bekanntmachung
wird mitgeteilt, daß vom 10. Mai ab sämtliche Jurisisten an die
Ministerien nicht mehr nach Bamberg, sondern wieder nach
München zu richten seien. Bis zur völligen Klärung der Lage
dürften aber die Minister mit ihrem notwendigen Personal ihren
Sitz in Bamberg behalten.

Konferenz beim Reichswehrminister.

Die Frage des Freiwilligenkontotts.

Berlin, 7. Mai. Die erhalten folgende Mitteilung: Gestern
nachmittag fand beim Reichswehrminister Noske eine Konferenz
statt, die sich mit der Frage der Boykottierung von Ange-
hörigen der Reichswehr beschäftigte. Auf Grund der Beschlüsse von
Gewerkschaftsversammlungen am 22. April und 5. Mai war das
Urkundum gestellt worden, zwei Angestellte zu entlassen, weil sie
bei den Freiwilligen-Verbänden Dienst getan hatten. In dieser
Konferenz mit dem Reichswehrminister nahmen die Geschäftsleitung
der Firma, der Arbeitsausschuß und die Vorsitzenden mehrerer Ber-
liner Gewerkschaftsverbände teil. Der Reichswehrminister gab
seiner tiefen Enttäuschung Ausdruck über den schamlosen Terror, der
Versuche, Arbeitskollegen nicht im wirtschaftlichen Kampfe, sondern
ihrer politischen Gesinnung wegen auf die Straße zu
setzen und dem Hunger preiszugeben. Er erklärte, daß diese Be-
schlüsse, die darauf abzielen, Deutschlands jegliche Wehrmacht zu
gerichtern, objektiv Landesverrat bedeuten. Deutschland
befinde sich noch im Kriegszustand und die Regierung werde mit
allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der
angedrohten Boykottierung jener Männer, denen Deutschland
Dank schulde, verhindern. Es ist zu erwarten, daß die Wehrheit
der Berliner Arbeiterschaft die Ungehörlichkeit und
Anburschführbarkeit der bereits erfolgten Boykottbeschlüsse
einsehen und es in der schwierigen Lage, in der sich unser Vater-
land befindet, nicht auf eine für sie aussichtslose Kraft-
probe ankommen lassen wird.

Der politische Dichter.

Von Walter Hasenclever.

Ihr Freiheitskämpfer, werdet Freiheitsrichter,
Bevor die falschen Euer Werk verraten.
Von Firmamenten steigt der neue Dichter
Herab zu irdischen und größeren Taten.

In seinem Auge, das den Morgen wittert,
Verliert die Nacht das Chaos der Umhüllung.
Die Muse flieht. Von seinem Geist umzittert
Baut sich die Erde auf und wird Erfüllung.

Jünglinge rehn in Universitäten
Und Böhe auf, die ihre Väter hassen.
Der Schuß geht los. In ausgedörrten Städten
Minister nicht mehr an den Caseln prassen.

Das Volk verdirbt. Sie reden von Tribünen.
Schwennt nicht die Lache Blut in ihren Saal?
Wann werden sie die Qual der Toten sühnen?
Schon durch die Länder kütet das Signal.

Der Dichter träumt nicht mehr in blauen Buchten.
Er sieht aus Höfen helle Schwärme reiten.
Sein Fuß bedeckt die Leichen der Verruchten.
Sein Haupt erhebt sich, Völker zu begleiten.

Er wird ihr Führer sein. Er wird verkünden.
Die Flamme seines Wortes wird Musik.
Er wird den großen Bund der Staaten gründen.
Das Recht des Menschentums. Die Republik.

Nicht Kriege werden die Gewalt vernichten.
Stellt Generale an auf Jahrmärkten!
Dem Frieden eine Stätte zu errichten,
Versammelt sind die Edelsten und Besten.

Nicht mehr in Waffen liegt ein Volk, Du weißt es;
Denn keine Schlacht entscheidet seinen Lauf.
So steigt mit der Krone Deines Geistes,
Geliebte Schar, aus taubem Grabe auf!

Der tote Punkt.

Die Revolution ist an der gefährlichsten Stelle angelangt, an
dem Wendepunkt vom Niedergehen zum Wiederaufbau. Wie ein
1000-atmosphärischer Dampfdruck hat die Volkstrost ihre Bewegung
vorwärts gedrückt bis zum Neugehen. Der Druck, die Spannung
besteht weiter. Jetzt heißt es, sie umzuleiten zum Betwegen nach
der anderen Seite, das Rad der Staatsmaschine zum Drehen zu
bringen. Am toten Punkt heißt die Bewegung.

Wird ihr Schwung stark genug sein, ihn zu überwinden? Wird
der heiße, tobende Dampf richtig in die fruchtbare, schaffende Bahn
geleitet werden können?

Die in den vier Jahren eingeleiteten Lebenskräfte des Volkes
haben den Kolben herausgeschleudert, daß er in kräftigem Schwung
die Räder über die fesselnden Kremelklänge hinwegtrieb — eine halbe
Umdrehung, leuchtend hebt der Kolben, sieht sich am Ende ange-
langt —

Wird er den toten Punkt überwinden, im nächsten Augenblick
weiterdrehen das Rad? Oder wird das Rad stehen bleiben und
einrosten, der gewaltige Druck die Maschine sprengen?

Im Volk liegt der Schwung, in den Jahren die Klugheit, die
den toten Punkt überwinden kann!

Die drohenden Seuchengefahren.

Während in früheren Zeiten die Kriege schwere Gefahren für
die Volksgesundheit brachten, hat es diesmal den Anschein, als ob
den Seuchen, die im Kriege unterdrückt waren, durch den Frieden
Tür und Tor geöffnet werden. Dies betont Prof. Kubner in einem
Aufsatz der „Deutschen Revue“, in dem er auf die drohenden Ge-
fahren bei der Neuorganisation der politischen Verhältnisse in Ost-
europa hinweist. Die Sanitätsorganisation Deutschlands und
Deutschösterreichs hatte während des Krieges einen Grenzwall gegen
die Einschleppung von Seuchen aus dem Osten ausgerichtet. Mit
der Auflösung der Armeen und dem Eindringen des Ententeheeres
in die bisher von den Mittelmächten besetzten Gebiete hat die
Sanitätsorganisation Mitteleuropas ein Ende gefunden. Die schlim-
men Wirkungen dieser Tatsache zeigen sich bereits. Seit Anfang
Dezember hat die Einschleppung von Pocken und Flecktyphus in
Preußen erheblich zugenommen und Anfang Februar schon eine
bedeutende Höhe erreicht. In der Ostschweiz Deutschlands war der Fleck-
typhus Anfang Februar bereits in Wädern eingebrochen; Serbien
und Bulgarien sind in großer Ausdehnung verheert. Nun findet der
Flecktyphus nirgends ein besseres Fortkommen als bei einer leicht
ernährten Bevölkerung, weshalb er auch den Namen Dummertypus
führt. Dazu kommt noch, daß durch die Blockade die körperliche
Reinlichkeit aus Mangel überall gelitten hat und die Räuse,
die Überträger des Flecktyphus, nicht energisch genug bekämpft
werden können. Ein großes Hindernis gegen die Verbreitung ist
zwar noch der unterbundene Reiseverkehr; aber die neuen Expedi-
tionsverbindungen über Frankreich nach dem Balkan dürften die Ver-
schleppung auch nach dem Westen befördern.

Die Aufhebung der deutschen und deutschösterreichischen Ab-
wehrgrenzen hat eine ungeheure Gefahr für ganz Europa her-
aufzubringen. Denn die „neuen“ Staaten haben weder den Drang,
noch die Tradition zur energischen Bekämpfung der Epidemien.
Für Deutschland und Deutschösterreich ist es ungemein schwer, die
sonstigen Volkswelt aufrechtzuerhalten, weil es an einer starken
Abgrenzungslinie gegen Röhmen und Böhmen fehlt und die gleichen

schwierigen Verhältnisse an der polnischen Grenze gegeben sind. Was
an deutschen Sanierungseinrichtungen in Polen durch unsere Ver-
weigerung geschaffen war, wird vernachlässigt und beseitigt. Der
Mektyphus wüthet im Osten, schließt Kubner. Mit internatio-
nalen Sanitätskommissionen, die man jetzt als Heilmittel anruft,
nachdem die Seuchen brechen, wird wenig geholfen.

Notizen.

— Musik. Der Dirigent des Berliner Philharmonischen
Orchesters, Camillo Hildebrand, verläßt nach siebenjähriger
Wirksamkeit seinen Posten. Er folgt einem Rufe als Operndirektor
und Konzertleiter nach Freiburg i. Br.

— Dichterabend. In der Philharmonie hielt Ernst
Deutsch am 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, für die Sozialistische
Studentenpartei aus Berlin von Franz, Köpfer, Werfel.

— Eine Peter-Hille-Gedächtnisfeier wird am
Sonntag, mittags 12 Uhr, im Harmonium-Saal, Steglitzer Str. 85,
stattfinden. U. a. wird Theodor Hood aus dem „Mysterium Jesu“,
einem nachgelassenen Werk Hilles, vorgelesen.

— Ausstellung. Das Graphische Kabinett Neumann, Neumann-
Neubauer, Neumann, eröffnet am 10. Mai die erste Gesamtschau der
Gemälde des Kubisten Lionel Feiniger.

— Ueber den Kunstschutz im Westen sprach im
„Bund deutscher Gelehrter und Künstler“ Direktor Dr. Demmler
vom Berliner Kaiser-Friedrich-Museum, der seit 1910 als Kunst-
wissenschaftlicher Berater der Heeresleitung zugeweiht war. Er
führte aus, daß wir mit unheimlicher Sorgfalt alle uns er-
reichbaren Ansehensgegenstände aus öffentlichem und privatem Besitz
an sicheren Orten zu bergen und zu erhalten gesucht haben und
dazu fünf große Bergungshäuser in Sedan, Metz, Charleville,
Douai, Rauberg, Valenciennes, Brüssel, eingerichtet hätten.
Nach Eintritt des Waffenstillstandes sind sie den Besitzern unterstellt
wieder zurückergeben worden.

Max Osborn zeigte in Plakatlithen eine ganze Anzahl herr-
licher Kunstwerke, die von uns gerettet worden sind, darunter die
Sammlung Lalour aus St. Quentin. Und endlich bewies Ge-
meinderat Clemens aus Bonn, der seit Kriegsbeginn mit der Wahr-
nehmung der Denkmalspflege auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen
betraut war, daß wir auch im Osten, in Italien, ja selbst in Ru-
ssland und Kleinasien die Kunstwerke der Pyramiden zu schützen
verlucht haben.

In einem demnächst erscheinenden zweibändigen Bericht werden
die dabei tätigen Kunstgelehrten ihre Maßnahmen dem Ausland
gegenüber verdeutlichen.

— Die Berliner Gutsche. Unter diesem Titel sind die
Beratungen der Verfassunggebenden Preussischen Landesversammlun-
g über den Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Stand-
rechts und Belagerungszustandes im Verlag der Buch-
handlung Vorwärts als Buch (180 Seiten) erschienen. Als Anhän-
gung ist die Erklärung des Ministerpräsidenten Paul Hirsch über das
Programm der preussischen Regierung (25. März) abgedruckt.
Preis 3 P.

Der historische Tag von Versailles.

Rede Brockdorff-Rankaus.

Verailles, 7. Mai. Die Ansprache des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rankaus hatte folgenden Wortlaut, den wir etwas verkürzt wiedergeben:

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben.

Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht.

Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Ueberwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen,

ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam, und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Saltung der früheren deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen 12 Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Oesterreich-Ungarns den Rordröhren zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage zusehends vergiftet. Die Politik der Vergeltung, die Politik der Expansion und die Rückachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krise erlebte. Die russische Revolution nahm den Schaum von der Oberfläche der Welt und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hat wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit.

gesehen Unrecht eingestehen.

Wir sind nicht hierhergekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verneinen und begangene Verbrechen wider das Völkerrecht abzuwehren. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegeben wurde:

Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen.

Das Recht der Schuld aller Beteiligten kann nur durch eine unparteiische Untersuchung festgestellt, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der

alle Archive geöffnet

werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein, ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen sind wir nicht schuldig.

Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: Das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundzüge gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Nachfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Banner geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundzüge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Fried-

ensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien.

Die Grundzüge des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, und auch für unsere früheren Bundesgenossen verbindend geworden.

Die einzelnen Grundzüge fordern von uns gewisse nationale und wirtschaftliche Opfer. Aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihn; keine Nation wird man ungestraft verletzen dürfen.

Als nächstes Ziel betrachte ich den

Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs.

Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlich übernommen, und wir sind entschlossen, sie in dem Umfang auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beihilfe der Sieger vollenden; sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsche kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter durch

deutsche Kriegsgefangene

besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig, aber sie käme der Welt teuer zu stehen, wenn Haß und Vergewaltigung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron weiter schmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzu lange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen.

Ein Zusammenbruch würde die Ersahberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen die Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: Das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker, zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen. Nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerührt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufweisen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen,

denn er wäre unersüßbar.

Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterzeichnung liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann!

Deutsche Nationalversammlung.

Ausschussbericht.

Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung begann am Mittwochs im Reichsfinanzministerium zu Berlin mit der Staatsberatung.

Zunächst wurde der Etat des Reichspräsidenten erledigt. (Präsidenten Gehalt von jährlich 100 000 M. und 800 000 M. für sachliche Ausgaben.) Namens der Deutschnationalen erklärte Abg. W. M. M., daß seine Freunde die Monarchie nach wie vor für die beste Staatsform hielten, aber bereit seien, das Gehalt des Präsidenten zu bewilligen.

Beim Etat für das Reichsministerium beantragte Abg. Dietrich namens der Deutschnationalen Herabsetzung der Aufwandsgehalte auf 24000 M. Finanzminister Dr. Dernburg führte aus, man müsse bedenken, daß künftig 50 bis 60 Proz der hohen Gehälter für Steuern bezahlt werden müßten.

Auf Anfrage Dr. Richter (D. Sp.) erklärte Ministerpräsident Scheidemann, daß der Gehaltentwurf für den Staatsgerichtshof in Vorbereitung sei. In der weiteren Debatte wurde allgemein verlangt, daß die politischen Minister keinerlei Nebenberufe ausüben dürften. Gegenüber Klagen der Deutschnationalen, daß der amtliche Aufklärungsdienst für die Sozialdemokratie arbeite, erklärte Ministerpräsident Scheidemann, daß nach seinem Wissen in den Kreislagen überwiegend Demokraten seien. Nur drei organisierte Sozialdemokraten seien vorhanden. Die Forderung selbst wurde bewilligt und die Weiterberatung auf Donnerstag, vormittag, vertagt.

Der Arbeiterrat zur Ernährungsfrage.

Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte, kommunalen Arbeiterräte und Soldatenräte traten am gestrigen Mittwochs nachmittags im Sitzungssaal des Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen, um insbesondere die Ernährungsfrage zu besprechen. An der äußerst stark besetzten Sitzung nahm auch der Ernährungsminister, Genosse Schmidt, teil. Als erster Redner schloß Genosse Dr. Caspary die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volksernährung, die er als undalbar bezeichnete. Er zeigte die Milderung dieser unglücklichen Verhältnisse auf die allgemeine politische Lage. Der Hunger sei der beste Vorläufer des Kommunismus und der beste Streikheifer. Gegen Schleichhandel und Wucher müsse mehr als bisher vorgegangen werden. Im dem Mangel an Ruder abzuhelfen, solle die Herstellung von Korffischen, des der außerordentlich große Mengen von Ruder im Wege des Schleichhandels bearbeitet würden, verboten werden. Er forderte das Reichsernährungsamt auf, die Arbeiterräte und sozialistischen Vertrauensleute zur intensiven Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers heranzuziehen. Die Landbevölkerung schreie immer noch nicht den Ernst der Lage ernst zu haben. Andererseits müsse die Arbeiterschaft mit den Streiks in den lebenswichtigen Betrieben aufhören. Vor allem verlangte der Redner, daß die vom Ausland gelieferten Lebensmittel den minderbemittelten und linderreichen Bevölkerungsteilen zu geringeren Preisen zugeführt werden als den Weissen. Er vermahnte u. a. auf das Beispiel von Strahburg, wo die Verteilungsmethode für die inländischen Lebensmittel während des Krieges mit gutem Erfolg durchgeführt worden sei.

Der Reichsernährungsminister Genosse Robert Schmidt eröffnete die Gründe, die zu der Lebensmittelknappheit im Kriege führen müßten. Er wies darauf hin, daß Deutschland bereits im Frieden auf die ausländischen Zufuhren angewiesen gewesen sei. Deshalb sei die Rationierung der Lebensmittel unbedingt notwendig gewesen und diese werde wohl auch noch weiter beibehalten werden müssen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß das eingeführte System der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel durchaus richtig war. Er begrüßte das Anerbieten der Arbeiterräte, bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Lebensmittelwuchers mitzuarbeiten, er erwarte allerdings, daß gerade von unten geholfen werde, man solle nicht immer auf die Hilfe von oben rechnen. Gleichzeitig teilte er mit, daß er sich mit dem Volksgesundheitsrat Groß-Berlin in Verbindung gesetzt habe, und von diesem die Stellung von geeigneten Personen verlangt habe, die als Hilfsbeamte des Landesvolksgesundheitsrats in der Bekämpfung des Schleichhandels tätig sein könnten. Dem Vorschlag einer Stafelung der Lebensmittelpreise stehe er durchaus sympathisch gegenüber, er müsse aber bemerken, daß dies Sache der Gemeinden sei, die durch eine diesbezügliche Erklärung des Reichsernährungsamts diese Maßnahme längst hätten einführen können. Der Minister schloß seine Ansprache mit dem Hinweis auf die absolute Notwendigkeit intensiver Arbeit zur Herstellung von Produkten als Gegenwert für die aus dem Ausland zu importierenden Lebensmittel.

Im Anschluß an die beiden Referate ergab sich eine rege Diskussion. Es wurde u. a. folgender Antrag des Genossen Caspary angenommen:

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, die Groß-Berliner Magistrat und Stadtverwaltungen, Gemeindeverbände und Gemeindevertretungen zu ersuchen, unerbittlich von der Ermächtigung des Reichsernährungsamts Gebrauch zu machen, die Preise für die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel, insbesondere für die ausländischen, nach dem Einkommen und der Kinderzahl der Bevölkerung festzusetzen. Diese Maßnahme erscheint im Interesse der minderbemittelten und linderreichen Teile der Bevölkerung zur Erleichterung der Lebenshaltung unbedingt erforderlich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich die Versammlung mit dem nachstehenden Vorschlag vom 8. d. M.:

Der Beschluß des Volksgesundheitsrats vom 17. April 1919, betreffend die Ausschließung von Arbeitern aus Betrieben wegen politischer Meinungen und Handlungen verstoßt gegen die elementarsten Interessen des Proletariats, gegen Demokratie, Sozialismus und Selbstachtung. Die Fraktion der S. P. D. verlangt von dem Volksgesundheitsrat die Aufhebung dieses Beschlusses, da sonst ein weiteres Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist.

Die Versammlung stellte sich noch wie vor auf den Boden dieses Beschlusses.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Berlin, 7. Mai. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fand am 6. Mai eine Besprechung mit den vier großen Eisenbahnarbeiter-Organisationen statt, an der außer dem Eisenbahnminister auch der Finanzminister und der

Wohlfahrtsminister teilnahmen. Gegenstand und Erörterung war die Forderung der Berliner Eisenbahnarbeiter, die entweder eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise herbeizuführen oder eine weitgehende Lohnerhöhung zu bewilligen.

Die zweite Forderung konnte nach Lage der Staatsfinanzen nicht erfüllt werden, dagegen wird der an erster Stelle gemachte Vorschlag der Berliner Eisenbahnarbeiter tatkräftig verfolgt werden.

Bei den Erörterungen ließen die Minister keinen Zweifel darüber, daß die Durchführung der Lohnerhöhung nicht nur mit den Staatsfinanzen absolut unvereinbar sei, sondern auch eine schwere Schädigung des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens zur Folge haben würde. Außerdem würde die Beschaffung der zur Durchführung der Lohnerhöhung erforderlichen mehrere Milliarden Mark sich umsetzen in eine sehr starke Steuerlast, so daß die Gesamtbevölkerung das Opfer bringen müßte, um einem beschränkten Kreise von Arbeitern eine Besserung der Lebenshaltung zu ermöglichen. Bei dieser ganzen Sachlage gäbe es, wie alle drei Minister übereinstimmend darlegten, nur einen Weg, der Besserung verspreche, und der sei eine mögliche Förderung der Einfuhr von Lebensmitteln, die einen Rückgang des unerfreulichen Schleichhandels und damit eine Senkung der Lebensmittelpreise zur Folge haben würde. Diese Frage habe bereits in einer Tags zuvor stattgefundenen Besprechung zwischen Reichs- und Staatsbehörden eine eingehende Erörterung gefunden. Als ein erstes Ergebnis dieser Besprechung könne die bereits in der Presse gemeldete Bestellung eines Staatskommissars betrachtet werden, dessen Betätigung aber nicht allein in der Erhöhung der Wareneinfuhr, sondern vor allen Dingen auch in der kräftigen Steigerung der Lebensmittelaufuhr zu sehen sein wird. Habe auch die Lohnforderung keine Erfüllung finden können, so bliebe doch die Arbeiterschaft die Verteidigung gegen, daß sie durch ihren Antrag zur Förderung dieser augenblicklichen wichtigsten Frage wesentlich beigetragen habe, wie ja von ihr selbst in ihrer ersten Eingabe dargelegt worden sei, daß die Lohnforderung erst dann gestellt worden sei, als ihrer Meinung nach die Bemühungen um Verbesserung der Lebensbedingungen keinen befriedigenden Erfolg versprochen hätten.

Gegenüber diesen Ausführungen, deren Gewichtigkeit sich die Arbeitervertreter nicht verschließen konnten, wurde es allseitig für angezeigt erachtet, zunächst im kleineren Kreise, an dem Vertreter aller Eisenbahnarbeiter-Organisationen teilnehmen sollen, zu erörtern, was zu Gunsten der Arbeiterschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch weiter geschehen könne.

Um die Heereswerkstätten.

Von Oberingenieur L. M. Cohn, Berlin-Friedenau.

Lange hat es gedauert und viele Millionen Volkvermögen sind vergastet worden, ehe man sich entschlossen hat, Heeresbetriebe, die immer noch dem Kriegsministerium unterstanden, endlich der Zivilverwaltung zu unterstellen. Jedoch auch hier zeigt sich wieder die Notwendigkeit, technische und wirtschaftliche Fragen auf dem Wege eines Kompromisses zu lösen, denn der Herdeseh des Heeres, daß einzelne Betriebe, die ausschließlich für den Bedarf von Heer und Marine arbeiten, ausschließlich dem Kriegsministerium unterstellt bleiben sollen, führt zu weiterer Vergrößerung von Millionen. Das aber wurde jetzt für die Spandauer Betriebe beschlossen.

In einer Denkschrift, welche auch dem Reichswehrminister Roske zugegangen ist und die auch den zuständigen Stellen im Kriegsministerium bekannt ist, habe ich nachgewiesen, daß irgend eine zwingende Notwendigkeit für die Unterstellung der technischen Werkstätten unter das Kriegsministerium nicht besteht. Unzählige Techniker und Kaufleute werden mir bezeugen, daß der Militarismus im „Wamba“ und in den Heereswerkstätten dem Staate Millionen gekostet hat. In dem erwähnten Aufsatz ist nur davon die Rede, daß nur die in Zivilverwaltung übergehenden Werke entmilitarisiert werden, während die Geschützgießerei und Artilleriewerkstatt Nord dem Kriegsministerium und der Heereszeugmeisterei unterstellt bleiben. Es soll also in diesen weiter der Anflug herrschen, daß an Stellen, in denen in Privatbetrieben die tüchtigsten Kaufleute sitzen, Verwaltungsbeamte gesucht werden sollen, die ihrer Erziehung entsprechend, ihre Aufgaben für erfüllt halten, wenn sie dem toten Buchstaben der betriebligen Dienstvorschriften genügen.

Von den in die Zivilverwaltung übergehenden Betrieben wird verlangt, daß sie ihre Anlagen selbst pflegen und eine angemessene Vergütung und Tilgung des Anlage- und Betriebskapitals ermöglichen.

Das deutsche Volk ist zu arm geworden, um diese Bedingungen nicht an alle Betriebe stellen zu müssen.

Der Umfang unserer Rüstung wird uns von unseren Feinden und von unserem schmalen Geldbeutel vorgeschrieben. Selbst wenn wir hohe Zahlen annehmen, so ist es ausgeschlossen, daß dadurch die Geschützgießerei und Artilleriewerkstatt Nord auch nur annähernd wirtschaftlich ausreicht beschäftigt werden könnte.

Von allen Reichsteilen wird immer wieder betont, daß wir uns überall in der Technik im Interesse des Neuanbaus der rationellsten Arbeitsweise zu befleißigen haben, und hier führt eine ganz bestimmte Kompromisspolitik dazu, daß das Reich selbst gegen diese Grundzüge verstößt.

Jeder Segler der Volkswirtschaft und Technik muß sehen, daß Werkstätten, die allein die Heereslieferungen ohne Konkurrenz durchführen sollen, wenn sie auf Grund eines Staats arbeiten, der bei unseren heutigen Verhältnissen nur ein sehr beschränkter sein kann, in aller Kürze verfallen, sterben werden und weder konkurrenz noch produktiv auf der Höhe bleiben können.

Will das Militär nicht das Odium auf sich laden, daß es nur aus Mangel an Geld seinen Angehörigen Stellen zu verschaffen, zum Nachteil des Volkvermögens in selbsttätiger Weise technische Werkstätten unter die Verwaltung des Kriegsministeriums zwingt, so muß es selbst dafür eintreten, daß alle Heeresbetriebe unter Zivilverwaltung gestellt werden.

Selbstverständlich ist es, daß allen früheren militärischen Werkstätten die Verpflegung auferlegt wird. Aufträge des Kriegsministeriums vorzugsweise zu behandeln. Das Kriegsministerium hat dann statt der zwei militärisch aus einem großen Organismus herausgeschalteten Werkstätten, eine große Anzahl von Betrieben zur Verfügung, die zur wirtschaftlichen Arbeit gezwungen, dem stetigen Fortschritt der Technik folgend, sich auf voller Höhe befinden.

Wir sind zu arm und die Angelegenheit ist zu wichtig, als daß sie am grünen Tisch auf dem Wege des politischen Ausschleichens erledigt wird.

Haben die Militärs wirklich sachliche Gründe, dann heraus mit ihnen an die Öffentlichkeit, damit die weiten technischen und kaufmännischen Kreise, die vor und während des Krieges den militärischen Betrieb vollstänig kennen gelernt haben, Gelegenheit erhalten, mitzuraten.

Gewerkschaftsbewegung

Die vierte Mitglieder-Million

haben die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1415 452 Mitglieder. Bis Jahreschluss erreichten sie etwa 2 Millionen, Ende Januar 2 1/2 Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Sitzungen auf dem Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongress beschlossen werden sollen, wahrscheinlich seine Wirksamkeit mit einer Gesamtmitgliedszahl von fünf Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1 006 893 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100 000 bis 400 000 Mitglieder aufweisen (Zahrlarbeiter 400 000, Transportarbeiter 272 000, Bauarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 043, Textilarbeiter 210 669, Bergarbeiter 200 000, Gemeindearbeiter 166 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 135 000). Seit der Vorkriegszeit haben die Gewerkschaften um 1 1/2 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 Proz. (1,3 Millionen) auf die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Landarbeiter, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Holzarbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250 000 Mitgliedern. Dagegen sind die baugewerblichen Verbände mit etwa 130 000 Mitgliedern gegenüber der Vorkriegszeit im Rückstand geblieben, weil das Baugewerbe noch völlig darniederliegt. Doch können sich nach Wiederaufnahme der Bauarbeit ganz erhebliche Verschiebungen ergeben.

Der starke Mitgliederanstieg stellt natürlich an die Gewerkschaftsfunktionäre ganz außerordentliche Ansprüche. In manchen Verbänden zeigt die Zahl der besoldeten Kräfte nicht aus, um den Anforderungen nach Vertretungsarbeit und Tarifabklärungen zu genügen. Um so wichtiger ist das Treiben eines Teils der der unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitglieder, die die alten erprobten Gewerkschaftsorganismen hindern und mahregeln, weil ihnen ihre politische Gesinnung nicht gefällt. Keine Organisation kann jetzt ihre Kräfte entbehren. Die Arbeiterschaft hat selbst den empfindlichen Nachteil davon, wenn sie dieser Maßregelungspraxis noch länger ruhig zusieht.

Die Maßregelung von Gewerkschaftsangeestellten im Transportarbeiter-Verband.

Aus Kreisen des Transportarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen fand die Fortsetzung der Generalversammlung des Bezirks Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes statt.

Gleich zu Anfang warnten einige Anhänger der U. S. P. D. die Opposition nicht in der Art wie in der letzten Generalversammlung weiter zu betreiben.

Der Hauptpunkt dieser Generalversammlung bildete die Neuwahl der Bezirksleitung. Nicht um die Wahl von Angestellten, die die Fähigkeit besitzen, eine Organisation von ca. 90 000 Mitgliedern zu leiten, handelte es sich diesmal, sondern um eine parteipolitische Wahl. Den U. S. P. D.-Leuten liegt nicht so sehr das Wohl und die Zukunft ihrer Organisation am Herzen, als vielmehr, ihr Partei-süßchen bei den Wahlen zu locken.

Dass diese Politik zur unabweidlichen Spaltung führen muß, liegt klar auf der Hand. Die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaftsmitglieder der U. S. P. D. sich nicht durch die „Gewerkschaftslogen“ der U. S. P. D. blug zu machen.

Die Hauptredner in allen Versammlungen sind die Konsum-angehörigen. Die Leute, die durch die Arbeiterschaft in ihre jetzigen Stellungen hineingekommen sind, können in Radikalismus gar nicht genug machen. Es hat sich unter den Mitgliedern der Konsumgenossenschaft Berlin eine große Mißstimmung über das Benehmen derselben, besonders aus Anlaß des sogenannten geplanten Generalstreiks usw. breitgemacht, die empört darüber sind, daß die Konsum-angehörigen es zuerst waren, die die Führung des Streiks nach den Verkaufsstellen einstellten. Nicht etwa bei den letzten Unruhen in Rügenberg, denn da konnten sie nicht fahren. — Das Resultat der Wahl der Bezirksleitung war denn auch ganz nach den Wünschen der U. S. P. D. Es wurden gewählt als 1. Bevollmächtigter Crimann (U. S. P. D.), als 2. Bevollmächtigter Klose (U. S. P. D.), als Kassierer Drehe (U. S. P. D.) und als Schriftführer Böhm (U. S. P. D.).

Vor der Wahl wurde selbst von Unabhängigen gewarnt, Drehe als Kassierer zu wählen, da er der Aufgabe keineswegs gewachsen sei; es half aber nichts, fand doch nicht die Lässigkeit der Angestellten, sondern U. S. P. D. zur Wahl, und wer U. S. P. D. angehört, ist zu allem fähig. So wurde denn Drehe mit 277 Stimmen gegen 248, die der frühere Kassierer Steinide erhielt, gewählt. — Wegen die gemäßigten Kollegen Werner, Steinide, Liebenow konnte wegen ihrer Geschäftsführung nichts eingewendet werden, nur daß sie eben während des Krieges nicht links genug gestanden hätten.

Der Rest der Tagesordnung konnte wegen vorgerückter Zeit nicht mehr erledigt werden, er soll in der am Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, in den „Andreas-Refektorien“ stattfindenden ordentlichen Generalversammlung behandelt werden.

Nicht man hat jetzt dieser drei Generalversammlungen, so muß man die Befürchtung hegen, daß bei der Verwaltung Groß-Berlin des Transportarbeiterverbandes leider die Spaltungsmöglichkeit sehr nahe gerückt ist.

Der Beschluß der vorletzten Generalversammlung am 22. April in den Refektorien, den „Vorwärts“ nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen, hat bei einer großen Anzahl Kollegen tiefgehende Verstimmung hervorgerufen.

Sie werden sich diese Bevormundung nicht gefallen oder sich gar zwingen lassen, das „Volk“ „Freiheit“ zu abonnieren, um durch diese von den Veranstaltungen ihrer Organisation Kenntnis zu erhalten.

Wir rufen deshalb der Opposition zu: Haltet ein mit der Zerstückelungspolitik, treibt in unseren Verband nicht auch die Spaltung hinein!

Beinnt Euch in letzter Stunde, ehe es zum Aufruhr, zur Spaltung kommt, die nur die Arbeiterschaft schädigen kann.

Wollt Ihr jedoch den Bruderkampf, so nehmet wie ihn auf: Wir lassen unsere Organisation, für die wir viele Jahre gekämpft und gearbeitet haben, nicht durch unüberlegte, unverantwortliche Heißsporne vernichten.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Groß-Berlin) besaß sich mit der Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. Die Ausführungen der Diskussionsredner gingen dahin, daß auf dem Gewerkschaftskongress für das Rätesystem eingetreten werden müsse. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. In einer weiteren Resolution wurde Aufhebung des Belagerungsstandes, Auflösung aller Freiwilligenformationen, Freilassung aller politisch Gefangenen und sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung verlangt. Es wurde allgemein bemängelt, daß über die Arbeitsgemeinschaften nicht genügend Klarheit herrsche. Vor dem Kriege wären die Arbeitsgemeinschaften eine Ergründung gewesen, anders liegt es jetzt. Auch wurde der Standpunkt vertreten, daß vor dem Kriege von den Gewerkschaftsführern Bedeutendes geleistet worden ist. Wenn während des Krieges dies anders war, so hätten die Arbeiter die größte Schuld, da dieselben sich nicht genügend um ihre Organisation gekümmert hätten. Großer Stolz habe sich gegen die Gewerkschaftspolitik während des Krieges ausgesprochen, da sei es ganz natürlich, daß auf dem Gewerkschaftskongress eine gründliche Abrechnung erfolgen müsse. Gegen eine Belagerung des Streikrechts fand eine entsprechende Resolution einstimmige Annahme.

Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegin Lungenh und der Kollege Fiedle gewählt. Zum Schluss teilte Braun mit, daß er heute zum letztenmal hier präsentiere, da er vom Hauptverband für ein anderes Amt bestimmt sei. Braun bittet, der neuen Jahrsstellung das Vertrauen entgegenzubringen, welches man zu ihm hatte. Auch weiterhin wolle er als Funktionär des Verbandes stets treu sein, seine Schuldigkeit im Interesse der Organisation zu tun. Von der Verwaltung wurde W. Reimann als erster und Kuder als zweiter Bevollmächtigter vorgeschlagen. Die Generalversammlung erklärte sich damit einverstanden.

Streik der Berliner Schildermeister.

Die Schildermeister Groß-Berlins streiken seit dem 5. Mai in einer Lohnbewegung. Sie haben den Unternehmern am 30. April 1919 nachstehende Forderungen gestellt: Stundenlohn ab 1. Mai 3 M. Tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, Sonntags 5 Stunden. Ueberstunden sind unbedingt zu vermeiden. In dringenden Fällen: 1. Ueberstunde 25 Proz., 2. Ueberstunde 50 Proz., außerordentliche (Nacharbeiten) 100 Proz. Zuschlag. Außenarbeiten 10 Proz. Zuschlagarbeiten 30 Proz. Zuschlag. Nach 14jähriger Tätigkeitsurlaub von 4. nach einjähriger Tätigkeit Urlaub von 8 Arbeitstagen unter Vorauszahlung des Lohnes. Die Vertrauensleute haben die Einstellungen und Entlassungen das Mitbestimmungsrecht. Unbedingte Anerkennung des Arbeitsnachweises der Schildermeister.

In einer Vertrauensmännerziehung der Schildermeister am 2. Mai 1919 wurde beschlossen, am Montag, den 5. Mai, die Arbeit bei Nichtbewilligung der Forderungen einzustellen. Bei der ersten Streikversammlung am Montag fanden sich über 130 Kollegen ein, die die Arbeit niedergelassen hatten. Die Schilderfabrikanten haben sich nach Eintreffen der Forderungen, infolge eines Zirkulars von Seiten des Unternehmerverbandes, organisiert. In der „Täglichen Rundschau“ vom 6. Mai 1919 wird behauptet, der Unternehmerverband habe die Streikleitung unterrichtet, daß, falls seitens der Arbeiter Verhandlungen gewünscht werden, der Unternehmerverband zu Verhandlungen bereit wäre. Der Arbeiterorganisation sind bisher derartige Mitteilungen offiziell nicht zugegangen. Daß jede Arbeiterorganisation im Streikfalle jederzeit zu Verhandlungen grundsätzlich bereit ist, dürfte auch den Unternehmern bekannt sein.

Die am Dienstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, stattgefundene Versammlung der streikenden Schildermeister, in der auch ein von den Unternehmern inmitten ausgearbeiteter Gegenpart zur Sprache gebracht wurde, zeigte, daß die Kollegen fest entschlossen sind, an ihren Forderungen unbedingt festzuhalten, da dieselben das Mindestmaß dessen darstellen, was unter den obwaltenden Verhältnissen zum Leben nötig ist.

Der Stand des Streiks ist ein guter; bis Mittwoch sind 21 Bewilligungen erfolgt. Vermittlungen von Kollegen an bewilligte Firmen erfolgen häufig.

Tariffbewegung im Photographen-Gewerbe.

Am Montag, den 26. April, hatten die Meister der Zwangsinnung der Photographen zu Berlin den Gehilfenauschuss zu einer einleitenden Tarifverhandlung geladen. Wangelhafte Kenntnis des Tarifwesens sowie reaktionäre Ausfälle seitens der Meisterseite verhinderten an diesem Tage jede sachliche Verhandlung! Die Prinzipalität lehnte die Verhandlungen mit dem Gehilfenauschuss im Beisein der Gewerkschaftsvertreter ab und hoffte so, die Verhandlungen ins Unabsehbare verschieben zu können.

In der am Dienstag, den 6. Mai, in der Handwerkskammer angelegten Versammlung der Innungsgehilfen verurteilte die Meister-

schaft, ihren Einfluß auf die Gehilfenchaft in der Tariffrage geltend zu machen. Aber weder die sachlichen, absolut unsachlichen Ausführungen des Obermeisters Liebenow, noch die sachlichen und — wenigstens für die Prinzipale — auch praktischen Ratsschlüsse des Herrn Liebenow konnten die Anwesenden von den bereits gefassten Beschlüssen betr. des Tarifs abirren lassen.

Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Resolution, die den Gehilfenauschuss mit der unverzüglichen Weiterbehandlung des Tarifs im Beisein der Gewerkschaftsvertreter beauftragte, zur Abstimmung eingebracht. Als Berichterstattung wurde rückwirkende Kraft der Tarifhöhe bis 1. April 1919 gefordert. Die Verhandlungen müssen bis zum 12. Mai wieder aufgenommen werden. Die Abstimmung ergab 237 Stimmen für, 37 gegen und 4 Stimmenthaltungen.

Das dürfte beweisen, daß die kämpfbaren Anstrengungen der Meisterchaft, die Gehilfen für ihre Zwecke zu fangen völlig umsonst waren und daß die Gehilfenchaft trotz aller Bedenken der Meister ihr Ziel einzig und allein in der gewerkschaftlichen Organisation sieht.

Verbandstag der Zivilmusiker.

Am Mittwoch wurde die Diskussion über die Frage der Einheitsorganisation zu Ende geführt und folgende Resolution angenommen:

„Der 6. Verbandstag erblickt in der Einheitsorganisation die einzige Möglichkeit, den Interessen der Musikerchaft wirksamen Nachdruck zu geben und sie zur Geltung zu bringen. Er bekräftigt deshalb die Forderung, daß auch die Delegiertenversammlung des A. D. M. B. einen dahingehenden Beschluß gefaßt hat.“

Der Verbandstag würde es schmerzlich bedauern, wenn die Einheitsorganisation an den von der Delegiertenversammlung des A. D. M. B. aufgestellten Richtlinien scheiterte, sieht sich aber gleichwohl genötigt, aus gewerkschaftlichen Gründen davon festzuhalten, daß alle im Musikfach beruflich tätigen Personen zugelassen werden und daß jede Sonderbündelung außer- und innerhalb der Einheitsorganisation ausgeschlossen sein muß. Soweit eine spezielle Vertretung der besonders gelagerten Interessen der in den unterschiedlichen Berufsbereichen tätigen Kollegenkreise erforderlich ist, kann diese durch im Verbande zugelassene, den Gesamtorganisationsstellungen unterstehende Sektionen am wirksamsten gewahrt werden.

Ueberzeugt, daß auf dieser Basis die Verschmelzung beider bestehenden Musikerverbände möglich und erreichbar ist, schließt der Verbandstag sich der Anregung auf Einsetzung einer Väterchenkommission, die mit allen erforderlichen Vollmachten zu versehen ist, an und wählt hierfür 5 Mitglieder in dieselbe.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Forderungen der Musiker an die Gesetzgebung und Verwaltung, wurden klare Bestimmungen gefordert hinsichtlich der rechtlichen Lage der Musiker, die bis jetzt in der gewerblichen Rechtsprechung nicht nach einheitlichen Grundsätzen behandelt werde. — Ferner kam die Frage der

Sozialisierung von Theater- und Konzertunternehmungen

zur Sprache. Hierzu bemerkte der Verbandsvorsitzende Kautz, es werde gefordert, daß bei den Verhandlungen, welche von Regierungskreisen wegen Sozialisierung von Theatern zurzeit mit Interessentenkreisen geführt werden, auch die Gewerkschaft der Musiker mitberaten werden. Wenn die Sozialisierung oder Verstaatlichung so ausfallen sollte, daß die Interessen der Musiker dabei nicht berücksichtigt werden, dann könnten sich die Musiker eines Tages betanlagt sehen, den ganzen Betrieb stillzulegen. Um das zu vermeiden, solle man die Musiker zu den betreffenden Verhandlungen betanliegen. Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die jetzt in den Ministerien sitzen, solle man doch erwarten, daß sie diese berechtigten Forderungen erfüllen.

Ferner wurden die Mißstände besprochen, die vielfach im Lehrlings- und Ausbildungsweesen bestehen. Kautz forderte die Ausbildung in öffentlichen Hochschulen und Fortbildung in staatlichen und städtischen Erhebern.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Delegierten zur dritten Generalversammlung des Verbandes, welche auf dem politischen Standpunkte der U. S. P. D. stehen, werden zu einer Aussprache am Freitag, den 8. Mai, abends 7 Uhr, in das Lokal von Kaiser, Reichelsdörfer, 29, eingeladen. Mitgliedsbuch der U. S. P. D. und Delegiertenkarte legitimiert.

Angestellte des Tabak- und Zigarrenhandels verammeln sich Freitag 7 1/2 Uhr Oberwasserstr. 12, Saal, zu einer Erörterung bringender Angelegenheiten. Tagesordnung: Vorlage und Besprechung eines Tarifvertrages; die Angestellten und die Zukunftsgestaltung des deutschen Zigarettenhandels; Stellungnahme zu den Sozialisierungs-, Monopolisierungs- und Verstaatlichungsbestrebungen. Referent: Kollege Paul Berger.

Metallarbeiter-Vertrauensleute der U. S. P. D. Die zu heute nachmittag abendmante Konferenz findet im Lehrervereinshaus nachmittags 5 Uhr statt.

Generalverband der Handlungsgehilfen. Sektionsversammlung der Angestellten aller Kriegsgewerkschaften am Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, in den „Sobbiensalen“, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: Die Angestellten und das Rätesystem. Ref. Ernst Däumig. — Bezirk Tempelhof-Mariendorf. Die für Freitag, den 9. d. Mts., angelegte Versammlung kann umständehalber erst am Sonnabend, den 10. d. Mts., stattfinden.

Betriebsräte und Vertrauensleute des Korbs-Nachrichten-Verbandes. Freitag, den 9. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr: Zusammenkunft im Restaurant Beer, Stralauer Allee 47.

Verantwortlich für Politik: Heinz Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Kunstigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: „Vorwärts“ Berlin, S. u. B. O. Berlin. Druck: „Vorwärts-Verlag“ und Verlagshaus Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Quart 2. Verlag.

Annahme zum Reinigen und Umtärben
von Kleidungsstücken, Decken, Stoffen usw.

A. WERTHEIM

Versand-Abteilung, Berlin W 60

Gardinen-Wäscherei und Spannerei

Herren - Artikel

- Stroh Hüte neue Formen von 15.75 an
- Filzhüte weich, verschiedene Farben . . . von 42.50 an
- Spazierstöcke von 3.60 an
- Hosenträger dauerhaftes Gurtband von 3.90 an
- Krawatten Selbstbinder, neue Muster von 6.75 an
- Krawatten Selbstbinder, gestickt von 11.50 an
- Oberhemden, Kragen, Vorhemden, Schlaf-Anzüge

Kinderhüte
Matrosenform, verschiedenes Strohflecht von 9.50 an

Herren-Bekleidung

- Herren-Anzüge dunkelgrau und braunl. gemustert 250.00 195.00
- Herren-Anzüge eleg. Macharten, aus guten Stoffen, in vielen Preislagen
- Jünglings-Anzüge dunkelblau, Größe 38-43, einreihig 195.00 zweireihig durchweg 210.00
- Jünglings-Anzüge aus farbigen Stoffen, in verschiedenen Preislagen
- Frühjahrs-Ulster mod. Formen, aus guten Stoffen, in hübschen Farben
- Frühjahrs-Paletots in dunkelgrau und schwarz, gute Paßform
- Wenden u. Umarbeiten von Herren-Kleidung

Knaben-Bekleidung

- Kieler Anzug aus modelfarbigem Leinen, mit Marinekragen und Stulpen, Knoten und Armstickerel, für ungefähr 5 Jahre 55.00
- Jede weitere Größe 3 M., ab 9 Jahre 4.50 mehr
- Sport-Anzug offene Form, aus grünem, chivoiartigem Stoff, für ungefähr 9 Jahre 75.00
- Jede weitere Größe 3 M. mehr.
- Knaben-Mantel aus braunem und blaugrauem halbbaren Stoff, gefüttert, mit aufgesetzten Taschen und Stepperei, für ungefähr 2 Jahre 57.00
- Jede weitere Größe 4.50 mehr.
- Knaben-Jacken Sport- und Schlupfanzüge Kieler Anzüge und Mäntel in reichhaltiger Auswahl

Lederwaren Reise-Artikel

- Geldtaschen für Damen und Herren 3.50 4.50 6.50 10.50
- Geldscheintaschen für Banknoten, Leder, von 5.75 an
- Damen-Handtaschen in verschiedenen Formen und Lederarten . . . von 18.50 an
- Handkoffer in verschiedenen Ausführungen, von 55 bis 70 cm . . . von 14.50 an
- Handkoffer Rindleder, mit und ohne Einrichtung, in verschiedenen Ausführungen und Größen
- Reise-Handtaschen Rindleder, in verschiedenen Formen und Größen
- Bahnkoffer aus Holz- und Rohrplatten, wasserfest gefirnisset Bezug

Parfümerien

- Rasier-Apparate 5.00 bis 30.00
- Rasier-Pinsel 75 Pl. bis 5.00
- Rasierpäpfe 50 Pl. 1.25 2.00
- Streichriemen 1.25 bis 9.50
- Zahnbürsten . . . 1.25 bis 5.00
- Zahncrème 90 Pl. 1.50 1.80
- Zahnpulver in Dosen 20 Pl. und 40 Pl.
- Zahnpulver in Schachtel 55 Pl. und 65 Pl.
- Toilette-Essig Flasche . . . 3.75
- Reiserollen . . . 4.85 bis 20.00
- Schwammbeutel 2.00 bis 7.50
- Levantiner und Griechen-Schwämme
- Haar-, Kleider-, Hut- und Taschenbürsten in großer Auswahl

Groß-Berlin

Drei Seltsamkeiten.

Von Paulsen.

Roske als Erziehler.

Mein Bub ist zwei Jahre alt. Ich sitze mit meiner Frau und besogtem Bubem in einem Wagen der Großen Berliner, der mit verhängten Jägeln durch die Hauptstadt sprengt. Wie gesagt, der Junge ist noch nicht alt genug, um funktgerecht zu denken.

Er reißt sich die Nüske vom Kopfe und wirft sie zu Boden. Die Mutter setzt ihm, ohne über die Kausalzusammenhänge nachzugrübeln, die Nüske wieder auf. Er schmeißt sie wieder hin. Angefächelt dieses Mißfalls lasse ich mein väterliches Wohlwollen fallen und hauche ihn an:

„Wenn du die Nüske noch einmal runtertußt, hole ich Roske!“

Das Publikum verfällt in epileptische Zudungen. Am Wagen brennt die Sicherung durch. Der Bub behält die Nüske oben.

Der Mann im Wartezimmer.

Im Februar 1917 erscheint ein Mann auf der Redaktion. Er wird nach Wartezimmer II geführt. Seine Visitenkarte wird im Redaktionszimmer 7 niedergelegt. Der Schreibtisch von Zimmer 7 bildet infolge dilettantischer Häufung von Manuskripten eine schiefe Ebene, auf der besagte Visitenkarte in den gähnenden Rachen des Papiertigers gleitet. Wartezimmer II wird drei Tage später wegen Ueberfülligkeit unbesetzt verdrückt. Es folgen die Osterbotschaft des Kaisers, die Cambraischlacht, die Oktoberrevolution der Bolschewiki, das Michaelisfestspiel, Kaisers Geburtstag, die Durchbruchhoffenidee, Hochs Spielherberbereien an der Karne, die Revolution — und was weiß ich. Die Holzohren des Mannes im Wartezimmer sehten Anospen an, trieben Schweiß und westen ab. Werden und Vergehen der Natur. Am Januar 1919 faust eine Granate durchs Fenster und reißt ihm die rechte Gesichtshälfte ab, aber ehle Teile werden nicht verlegt.

Am April des gleichen gesegneten Jahres wird das Zimmer wieder geöffnet. Der Mann ist etwas ungebüldig, hat wenig Zeit und wird gleich vorgelassen.

Er entnimmt seiner Brusttasche ein Manuskript und sagt, jede Seite betonend: „Ich habe hier eine Berechnung, wonach der verschärfte Unterseebootskrieg mit mathematischer Sicherheit zur Niederlage Englands in wenigen Wochen führen muß.“

Ueberfah.

London, 1. April. Wie die „Daily Mail“ aus Paris erfährt, berichtet der Mailänder „Secolo“ aus Genäve, daß die „Wiener Abendpost“ nach einer Stockholmer Nachricht aus Petersburg folgendes erfährt: Ein spanischer Kaufmann, der direkt von Bulgarett eingetroffen ist, kann mitteilen, daß dortige amtliche Kreise in Erfahrung gebracht haben, daß man in Berlin über die in London herrschende Stimmung ganz genau unterrichtet ist. Sollte sich diese Redung bemächtigen, so läßt sie allerdings außerordentlich interessante Rückschlüsse auf die Gestaltung der politischen Lage in den nächsten Jahren zu.

(Anmerkung der Redaktion: Leider ist die Zurückziehung der obigen Artikel aus technischen Gründen nicht mehr durchführbar.)

Leben wir in einer Republik?

Vom Grünhügel bis zur Glienicker Lake zieht sich ein Verbindungsgroben, Vüle genannt; er ist durch Anlage des Letztwonnals außer Gebrauch gekommen und befindet sich im Zustand der Verwahrlofung. Das ganze Jahr hindurch entsteht ihm ein unangenehmer Geruch, der sich im Sommer zu einem pestilenzartigen Gestank auswächst, so daß es den Anwohnern zeitweise nicht möglich ist, die Fenster zu öffnen. Da dieser Groben außerdem die beste Brutstätte für Mücken, Fliegen und anderes Ungeziefer ist, so kann sich jeder einen Begriff davon machen, welche Landplage hier blüht. Der wiederholte Versuch, den Groben zuzuschütten, scheiterte daran, daß er zur Hälfte dem Herrn Friedrich Leopold Hohenzollern gehört und dieser seine Zustimmung verweigerte. Die neue Gemeindevorsetzung sah es als eine ihrer ersten

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

(Schluß.)

Ich hatte damals dieser Rede nicht geachtet; mich schauerte, da mich die Erinnerung jetzt befiel; der feuchte Nachwind, der mich anwehte, tat mir wohl, vor allem, weil er von heut und nicht von damals war; ich wußte, der Brunnen war vor ein paar Jahren zugeschlüßt. „Du Bett!“ sprach ich halblaut zu mir; „und, Seele, geh du auch zu Bett!“

Ich löschte das Licht und ließ das Fenster offen, damit alles, was lebendig war, zu mir hereinflöge; und bald, als ich gedacht hatte, kam der Schlaf; nur mit einem freundlichen Bilde spielte noch der Traum: ich sah die von der Morgenröthe nur noch halb erleuchteten Straßen meiner Vaterstadt; ich hörte einen Wagen herantrollen, und zwischen zwei lieben alten Leuten auf dem offenen Sitze sah die kleine Christine, und sie nickte mir freundlich zu, als sie bei mir vorbei und über dem Zingel zur Stadt hinausfuhr.

Der alten Mariken dachte ich nicht weiter; ich wußte, daß sie vor langen Jahren in St. Jürgens Stift ein ruhiges Sterbekissen gefunden hatte.

Als ich spät am anderen Morgen in das Haus hinunterkam, erhob sich der Vohbraune von der Matte vor der Tür des Wohnzimmers und begrüßte mich wehdend als einen Gast des Hauses; als ich aber eintrat, war niemand drinnen; nur die Magd öffnete eine Seitenthür, guckte herein, als ob sie bestellt sei, meine Ankunft zu berichten, und lief dann rasch von dannen. Ich beschäftigte mich indes damit, die Bilder an den Wänden zu beschaun, aus denen deutlich zwei Generationen zu erkennen waren: auf der einen Jagd- und Tierstücke von Steiffed und dem alten Widinger; über dem Sofa dagegen fand ich eine Kreuzesabnahme von Rubens und je zur Seite die Bildnisse von Luther und Melanchthon. Am Sofa, auf dem läßtlose Wandstücke am Fenster, hing, wie im Schatten der Vergangenheit, eine halberlöschene Photographie; aber ein Kranz von Immortellen, wie Johns Tochter sie gestern auf unserm Waldgang gesüßt hatte, wohl gar derselbe, umgab den dunkeln Rahmen.

Mit Schou fast trat ich näher; es war das Bildnis eines Soldaten in Uniform, wie dergleichen die jungen Landleute während ihrer Dienstzeit anfertigen lassen und nach Hause schicken. Der Kopf war leidlich ausgeprägt erhalten und zeigte mir das kaum mehr als einmal gesehene, aber unvergessene Antlitz des Arbeiters John Glückstadt; nur war

Aufgaben an, die Zuführung zu bewirken; da aber der „Prinz“ auf seinem ablehnenden Standpunkt verbarre, so machte sich ein Enteignungsverfahren gegen ihn nötig. In der als Kaiserstandsarbeit anzuwendenden Zuführung wurde ein Reichs- oder Staatszuschuß erbeten. Trotz Befürwortung durch den Landrat ist dieser Zuschuß ebenso wie die Zustimmung zur vereinfachten Enteignung verweigert worden, weil es eine sanitäre Arbeit sei und die Beschäftigung von 75 Arbeitern gegenüber der riesigen Arbeiterlohnzahl nichts bedeute!!

Vor zirka 14 Tagen erfolgte bei dem Gemeindevorsteher ein telephonischer Anruf des Regierungspräsidenten: In einer Stunde wird bei Ihnen ein neues, Sr. Königlichen Hoheit, dem Prinzen Friedrich Leopold gehöriges Auto vorfahren, das sofort zu steuern ist. Der Wagen soll heute abend noch verladen werden, um nach Immlau in Tirol transportiert zu werden, woselbst Allerhöchstdieselben seinen Aufenthalt genommen haben.

Der Gemeindevorsteher, ein zwar konservativer, aber aufrichtiger Mann, erklärte, daß er es ablehne, die Stempelung nach den Dienststunden vorzunehmen, die Stempelung könne erst am nächsten Tage stattfinden. Im übrigen sei ihm eine „königliche Hoheit“ unbekannt.

In einer Zeit, wo ein derartiger Wagenmangel herrscht, daß nicht einmal die Kartoffelbeförderung der Gemeinden pünktlich innegehalten werden kann, hat man einen Wagen übrig, dem Herrn Friedrich Leopold einen Kurstwagen nach Tirol nachzusenden.

Vor einigen Tagen erschien ein Herr Siegmund Hohenzollern auf dem Gemeindevorsteher und beschwerte sich in höchst ungnädiger Weise darüber, daß die Beamten ihm in letzter Zeit nicht mehr die nötigen Ehrenbezeugungen erwiesen, er verlange ausdrücklich, daß er stets mit königlicher Hoheit angeredet würde. Selbstverständlich wurde dieses Ansinnen vom Gemeindevorsteher rundweg abgelehnt, worauf er erklärte, daß er sich bei dem Regierungspräsidenten beschweren würde.

Nach Lage der Sache darf man erwarten, daß der Gemeindevorsteher einen tüchtigen Kuffel bekommt und ihm die nötigen Bezeugungen erteilt werden. . . .

Leben wir in einer Republik?

Kohlenstreik und Kartoffelnot.

Die pommerische Provinzial-Kartoffelstelle schreibt dem Kreis Niederbarnim:

Wenn die Provinz Pommern mit einem größeren Teile der zu liefernden Speisekartoffeln im Rückstande verblieben ist, so liegt dies in der Hauptsache weniger an einem bereits eingetretenen Mangel an erntefähigem Material, als an der Ungunst der den Fortgang der Pflanzung nachteilig beeinflussenden sonstigen Verhältnisse. Die Landwirte sind infolge der Wetterlage, besonders auch wegen der Spätfrost, mit den Bestellungen stark zurückgeblieben und müssen ihre knappen Arbeitskräfte jetzt der Frühjahrsarbeit widmen. Aber auch diejenigen von ihnen, welche sich entschließen, jetzt ihre Leute und Gespanne zur Kartoffelabfuhr zu verwenden, kommen nicht vorwärts, weil der Mangel an Kohlen den Verkehr der Kleinbahnen, auf denen der Abtransport in der Hauptsache sich aufbaut, stark beeinträchtigt. Solange eine ausreichende Kohlenversorgung fehlt, ist es leider trotz allerseitigen guten Willens nicht möglich, die zahlreich eingehenden Anträge auf unergiebige reichliche Kartoffelablieferung vollkommener zu erfüllen; wie sehr auch die Forderung einer reichlicheren Versorgung des dortigen Verbrauchsgebietes als berechtigt anzuerkennen sein mag.

Kraftwagenkontrolle.

Auf Anordnung des Gouverneurs wird jetzt durch Patrouillen eine scharfe Kontrolle aller militärischen und privaten Veronen- und Kraftwagen ausgeübt. Diese Kontrolle ist unbedingt notwendig, um sowohl die der Gegendverwaltung gestohlenen Wagen wieder ergreifen zu können, wie um in Rücksicht auf den Mangel an Material zu verhindern, daß die Wagen zu anderen Zwecken als zu denen, zu denen sie zugelassen sind, und von nicht zur Fahrt berechtigten Veronen benutzt werden.

In mehreren Stadtteilen begegnen nun diese Patrouillen, die mit vom Gouverneur unterschriebenen Ausweisen versehen sind und eine weiße Armbinde tragen mit der Aufschrift: „Militär-Verkehrs-Polizei, Gouvernement von Groß-Berlin“, oftmals bei ihrer Tätigkeit der offenen Feindschaft des Publikums. Es ist dies ein sehr bedauerliches und luxuriantes Verhalten der Einwohner;

denn durch diese Kontrolle werden dem Staat und damit der Allgemeinheit ganz bedeutende Mittel erspart und den Veranlagungsfahrten mit fiskalischen Wagen ein Ende bereitet. Hoffentlich wird hiernach das Publikum den Patrouillen nicht mehr die Ausübung ihres Dienstes erschweren und gegen sie Partei ergreifen.

Die Vollversammlung der U. u. S. Räte.

Der Vollzugtrat hielt am 7. Mai eine Sitzung ab, in der als Antwort auf die in der Sitzung vom 5. Mai abgegebene Erklärung der Mitglieder der U. u. S. R. von der Fraktion der S. P. D. folgendes erwidert wurde:

1. Es mag sein, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der kommunalen Arbeiterräte unhaltbar ist. Aber die Behauptung, daß diese Zusammensetzung „den Grundfäden des Räteystems widerspreche“, ist nicht stichhaltig, da es

1. allgemein anerkannte Grundfäden über das Räteystem überhaupt noch nicht gibt,

2. selbst in den Reihen der U. u. S. R. die grundsätzlichen Auffassungen hierüber bekanntlich auseinandergehen.

3. neben den auseinandergehenden Grundfäden der U. u. S. R. die D. P. K. P. und S. P. D. wiederum verschiedene Grundfäden über das Räteystem vertreten.

II. Die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil der Stadtbewirtschaftung sei, ist, soweit Charlottenburg in Frage kommt, unrichtig. Richter ist Staatsbeamter, nicht städtischer Beamter. Damit entfallen auch die Forderungen, die von der U. u. S. R. aus dieser angeblichen Tatsache gezogen werden; somit besteht das Räte-mandat des Polizeipräsidenten Richter zu Recht.

III. Betreffs des Beschlusses der S. P. D. und D. P. wegen Aufhebung des Beschlusses der letzten Vollversammlung haben wir zu erklären, daß unsere Parteigenossen nicht eher an Vollversammlungen teilnehmen werden, bevor nicht die Mitglieder der U. u. S. R. und K. P. D. in ihren Fraktionsversammlungen beschlossen haben, in der nächsten Vollversammlung ihren Beschluß, den Genossen Richter auszuschießen, rückgängig zu machen.

An dem Hinweis auf die angeblich irrthümliche Auffassung des Protokolls erbliden wir nur einen Versuch, die eigene Schuld auf den Karthagener der S. P. D. abzuwälzen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen und demokratischen Partei im Vollzugtrat.

Die Fraktionsvorstände der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei der Arbeiterräte.

Der Vollzugtrat beschäftigt sich außerdem mit der Ausschaltung der Arbeiterräte bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen die für die Arbeiterschaft von Bedeutung sind, insbesondere sozialpolitischer Art. So ist z. B. weder dem Zentralkrat noch dem Vollzugtrat Gelegenheit gegeben worden, bei dem Entwurf des Gesetzes für Betriebsräte mitzuwirken. Der Vollzugtrat beschließt, den Zentralkrat aufzufordern, bei den in Frage kommenden Reichsämtern dahin zu wirken, daß die Vertreter der Räteorganisation zu der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, die die Räte betreffen, sowie solcher sozialpolitischer Art unter allen Umständen zugezogen werden müssen.

Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht:

Die Mitglieder der freien demokratischen Fraktion der Arbeiterräte Groß-Berlins versammeln sich morgen Freitag, nachmittags 3 Uhr, zu einer gemeinsamen Besprechung mit der S. P. D. im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses.

Arbeiterräte Groß-Berlins, kommunale Arbeiterräte und Soldaterräte S. P. D.

Freitag, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses: gemeinsame Sitzung, Tagesordnung: Stellungnahme zur nächsten Vollversammlung.

Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Legitimation mitbringen.

Der Fraktionsvorstand: P. Haase.

Hungerlöhne im Grunewald.

Die Obere der Reichslandarbeiter im Grunewald schreiben uns: Vor zirka 4 Wochen wurde in einer öffentlichen Versammlung im Kaiserhof Grunewald durch Vertreter des Transportarbeiterverbandes, welcher die größte Zahl der Organisierten besitzt,

und ich stand und sah sie fortgehen; sie hatte sich fest an ihren Mann geschlossen; er legte sanft den Arm um ihre Hüfte. Dann kam eine Biegung des Weges, und ich sah sie nicht mehr.

„Leb wohl, John Glückstadts Tochter!“ rief ich leise; „nur die erste Silbe, nur das Glück ist dein geblieben; es wird schon treu sein, denn es ist an rechter Stelle!“

Schon nach vierzehn Tagen kam der erste Brief des Oberförsters und ließ mich im Altenlesen eine lange Pause machen. „Ich muß Sie auch noch Ihres Versprechens erinnern“, schrieb er; „gleich am Abend unseres Abschieds habe ich meiner Christine die Geschichte ihres Vaters erzählt, ausführlich, wie ich sie von Ihnen hörte. Sie mögen recht haben, er wird wohl so gemein sein, und er war dann doch noch ein anderer Kerl, als wie er bisher weislich im Herzen seiner Tochter ruhte; auch dürfen Mann und Weib nicht solch Geheimnis voreinander haben. Zwar ein leidenschaftlicher Tränensturz war die erste Folge, so daß ich schier erschraf und dachte, es möchte das Temperament des Vaters in meiner sanften Frau erwaacht sein. Aber ihr eigenes Ich erlischen bald wieder; und jetzt — mein Freund, das Geißblatt am Waldebrunde, das jetzt wieder blüht, so lieblich, dankt mich, hat es fast niemals noch geduftet; und das Bild des John Glückstadt trägt nun einen vollen Rosenkranz; seine Tochter hat jetzt mehr an ihm; nicht nur den Vater, sondern einen ganzen Menschen. — Den Dank und Gruß, den Frau Christine mir für Sie aufgetragen, verbleibe ich in der frommenhaften Weise nicht zu Papier zu bringen; ich kann Sie nur bitten, sich das Herzlichste zu denken.“

So schrieb der Oberförster damals; aber, wie es so geht, obgleich Briefe ein paarmal in jedem Jahre zwischen uns hin und her gegangen sind, ich bin nicht wieder dort gewesen. Aber hier links in der Ecke meiner Schreibstube auf zwei Stühlen steht mein gepackter Reisefloffer; draußen an den Balkenräumen blüht einmal wieder das Geißblatt und hier drinnen ist für eine Woche alles sauber weggeordnet; denn gewiß und wahrhaftig — morgen geht es fort zu meinen Freunden, zu John Glückstadts Tochter und zu meinem wackeren Oberförster. Sein Brief, der die Antwort auf meine Anmeldung brachte, war ein reicher Dubelbrief. „Wir harren Ihrer mit Freuden“, schrieb er; „Sie kommen jaust zur rechten Zeit; der Junge ist auch da mit seinem Examenzeugnis in der Tasche; seine Mutter ist schier verblüht in ihn und studiert sein Antlitz, um darin immer einen neuen Zug aus dem ihres Vaters aufzufinden. Kommen Sie also; uns fehlt nur noch der Freund!“

— Gewiß, wenn Gottes Sonnenschein mich morgen weckt, ich komme!

in diesen Jügen noch nichts vonummer oder Schuld; der kleine dunkle Schnurrbart sah unter der leeren Adlernase, und die Augen haben ernst, doch sicher in die Welt hinaus. Es war John Glückstadt nicht; es war John Hansen, wie er im Herzen seiner Tochter fortlebte, für den sie gestern ihren frischen dauerhaften Kranz gesüßt hatte; mit diesem John hatte der doppelgängerische Schatten noch nichts zu schaffen. Es brannte mich, meiner edlen Wittin zuzurufen: „Laß das Gespenst in deinem Haupte fahren; der Spul und dein geliebter Vater, sie sind nur eines: er war ein Mensch, er irzte und er hat gelitten!“

Aber ich hörte die Stimmen meiner Wittkneute von hinten durch die Gartentür ins Haus kommen, und ich wandte mich von dem bekränzten Bilde ihnen entgegen, um ihren Morgengruß und ihre Scherze über meine Langschläferei in Empfang zu nehmen.

Wir lebten noch einen schönen Frühlingstag zusammen. Als ich aber spät abends mit dem Oberförster und seinem treuen Hunde noch einen Waldgang machte, da schwieg ich nicht länger; ich erzählte ihm alles, jedes einzelne, was in der vergangenen Nacht mir in Erinnerung und im eigenen Geiste aufgegangen war.

„Om, machte der besonnene Mann und ließ seine Augen treuherzig auf mir ruhen; „das ist aber Poesie; Sie sind am Ende nicht bloß ein Advokat!“

Ich schüttelte den Kopf; „Nennen Sie es immer Poesie; Sie könnten es auch Liebe oder Anteil nennen, die ich rasch an meinen Wirten genommen hätte.“ Es war zu dunkel, um zu sehen; aber mir war, als ob ein herzlicher Blick von ihm mich streifte. „Ach danke Ihnen, lieber Freund“, sagte er dann; „aber der Vater meiner Frau — ich hatte freilich nur wenig von ihm gehört — ist mir nimmer so erschienen.“ „Und wie denn anders?“ frag ich.

Er antwortete nicht, mehr, sinnend gingen wir nebeneinander, bis wir das Haus erreicht hatten.

„Ihr seid sehr langsam gegangen“, sagte Frau Christine, als sie uns entgegentrat; „ihr habt mich schier vergessen!“

— Als ich am anderen Morgen früh, begleitet mich beide, bis wo der Waldweg in die Landstraße ausläuft. „Wir schreiben Ihnen einmal!“ sagte der Oberförster. „Ich bin sonst kein Briefsteller; aber gewiß, ich tue es; wir müssen Sie festzuhalten suchen, damit Sie einmal wieder den Weg zu uns hinaus finden!“

„Ja, kommen Sie wieder!“ rief Frau Christine. „Versprechen Sie es; Ihr Abschied würde uns nicht so traurig machen!“

Ich versprochen es gern; dann reichten beide mir die Hand,

der minimale Tarifstundenlohn von 1,86 M. gefordert, mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1919. Vier Wochen sind vergangen, wiederholte Vorstellungen bei Professor Giese haben kein Ergebnis, es ist auch noch keine Abschlagszahlung erfolgt. Bei 12 M. für Verheiratete und 10 M. für Unverheiratete pro Tag kann sich niemand etwas leisten, geschweige auf Untwegen etwas zu kaufen, und die Nationen sind bekanntlich zum Satessen zu wenig und zum Verhungern zu viel.

Dass bei einer derartigen Bezahlung Unlust zur Arbeit besteht, müßte den Herren selbst klar sein. Daß 40 Proz. weniger Arbeit geliefert werde, wird wohl behauptet, ist aber bisher nicht bewiesen. Man fordert die Vorarbeiter auf, jeden zu denunzieren, welcher außer Mittwoch und Sonnabend Holz minimiert, sucht und hierdurch in Uneinigkeit und Gehässigkeit zu bringen und das Denunziantentum zu fördern — echt preussisch! Der Zweckerbund hat genug Verflechtung zur Kontrolle zur Verfügung und nur diese sind hierzu verpflichtet. Außerdem wird im Kauf- und Gementisad nicht das Meiste fortgetragen. Wir geben täglich unserer Arbeit nach und vermeiden hierdurch die Arbeitslosenunterstützung, welche doch von der Allgemeinheit große Opfer erfordert; aber wir fordern auch die Tarifhöhe, welche Stadt- und Kreisverwaltungen zahlen, und zwar so schnell wie möglich, denn die Erbitterung in den Arbeiterkreisen ist sehr groß. Da wir noch keinen Arbeiterrat haben, appellieren wir an die Öffentlichkeit.

Am Donnerstag und Freitag, den 8. und 9. Mai, findet die Juristische Sprechstunde von 3 bis 1/2 Uhr statt.

„Militarismus von heute.“

Mit dieser Tagesordnung morgen Freitag, den 9., abends 7 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110: Versammlung. Referent: Genosse Anton Fischer. Die Mitglieder der R. S. W. sind zu der Versammlung besonders eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Bezirksvorstand.

Ersatz der Tumultschäden.

Zunmer wieder gehen uns Anfragen und Beschwerden wegen der Tumultschäden zu. Die Stadt Berlin lehnt die Ersatzpflicht ab und die Geschädigten sind genötigt, um nicht die vierwöchentliche „präventivische“ Frist — also Ausschlußfrist — des Gesetzes vom 11. März 1880 zu veräumen, die Klage zu erheben.

Wenn endlich kommt das Gesetz, das die Ersatzpflicht klarstellt? Inzwischen entstehen den Geschädigten, eventuell der Gemeinde, also der Allgemeinheit, unnötig erhebliche Advokaten- und Gerichtskosten, abgesehen von der unersetzten überflüssigen Belastung der Gerichte, den Scherereien und dem Ärger für die Betroffenen.

Wir haben schon vor Wochen mehrfach darauf hingewiesen, leider erfolglos.

Der verkaufte Reichstag.

Das Depot 11, früher Republ. Schutztruppe legt Wert darauf festzustellen, daß es nie im Reichstag gewesen hat. Dieser jetzt wegen „Unzuverlässigkeit“ aufgelöste Teil der Schutztruppe (Depot 11) lag vom ersten Tage an in der Oberfeuerwerkerschule, Lehrtor Str. Der im Reichstagsgebäude untergebracht gewesene Teil der Republikanischen Schutztruppe, Regiment Reichstag unter Führung des Hauptmann Wehlmann, erlankte die Kommandogewalt an und wurde am gleichen Tage, wie der Teil in der Oberfeuerwerkerschule Depot 11 der R. S. W. Freikorps unter dem Namen Freiwilligen-Detachment Reichstag.

Selbstmord zweier Frauen. Herr Otto Köhler, Oranienstraße 8, stellt richtig, daß er seine Frau niemals mißhandelt habe.

Sämtliche Postsendungen für Amerika und darüber hinaus müssen über England geleitet werden und unterliegen der englischen Zensur.

Freie Turnerschaft Berlin. Eine zweite Männer-Abteilung (Nordabteilung) eröffnet die Freie Turnerschaft Berlin (durch Uebertritt) des im Jahre 1905 gegründeten Vereins gleichen Namens morgen, Freitag, in der Turnhalle, Demmlerstraße 27. Turnzeiten: Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr. Beitrag monatlich 1 M. Einleitungsbeitrag 45 Pf. Junge Leute im Alter von 14 bis 17 Jahren willkommen (ebenso in der ersten Männer-Abteilung, Köthener Ufer 61). Dieselben bezahlen nur einen Monatsbeitrag von nur 20 Pf. — Alters-erlegen Propagandatarne am 12. Mai in der Turnhalle Köthener Ufer 61. Keine Herren über 35 Jahre sowie alle Brudervereine können daran teilnehmen.

Die Freie Turnerschaft Charlottenburg veranstaltet Sonntag nachmittag 3 Uhr auf dem Union-Sportplatz, Replerstraße, ihr diesjähriges Turnfest. Leichtathletische Wettspiele, Faust- und Fußballspiele mit Beteiligung von 1700. Freunde und Gönner der Arbeitersportbewegung sind eingeladen.

Vollversammlung der Magistratsbeihilfförderer, Altendestler, Gült-ausscher und anderer, welche bei dem letzten Schiedspruch, betreffend Erhöhung des Gehalts, Urlaub und Ruhestandsrecht nicht berücksichtigt worden sind, am Donnerstag, den 8., nachmittags 1/2 Uhr, in der Aula des Köthener Gymnasiums, Inselstraße, Ecke Wallstraße.

Staatsbetriebe Spandau.

Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Vertrauensleute haben in Spandau wie auch Berlin mehrere Bureaus eröffnet, wo die gesamte Arbeiterschaft von 9—11 und von 3—5 Auskunft erhalten kann.

Reisearbeiter werden gebeten, ihre Verbandsbücher mitzubringen. Die

Auskunftsstellen

befinden sich:

1. Spandau: Restaurant Dou, Hauptbureau, Hamburger Str. 107, Tel. 968.
2. Spandau: Hohenzollernkafino, Bürttembergstr. Ecke Goldstr., Tel. 704.
3. Berlin: Restaurant Bauer, Große Frankfurter Str. 1, Tel. Weg 1402.
4. Berlin: Restaurant Kerfin, Poststr. 60, Tel. Roabit 5844.
5. Roabit: Restaurant Schmidt, Bielestr. 23.
6. Charlottenburg: Restaurant Krabi, Kanstr. 51, Tel. Steinplatz 38021.

Informationsbureau für die in den Staatsbetrieben Spandau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Ofen und Herdofen ihren Wohnsitz haben, Gr. Frankfurter Str. 1 bei Bauer, von 9—11 und 3—5. — Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten der R. S. W. Nord-Verammlung in der alten Kanline heute, Donnerstag, um 9 Uhr. Erscheinen aller wegen Dringlichkeit nötig. — Beschäftigter morgen, Freitag, 11 Uhr, Lohnzahlung an den üblichen Stellen, danach Betriebsversammlung.

Ein alter Gewerkschafter und Parteigenosse schreibt uns: Am Dienstag, den 6. Mai, ging ich zur Versammlung der Vertrauensleute, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sämtlicher Staatsbetriebe Spandaus. Ich betrat gegen 12 Uhr den Saal, während man in der besten Verhandlung war. — Aber was sehe ich denn da mit einmal im Saal — ich traue meinen Augen nicht und doch ist es wahr — ich sehe, während oben jemand auf der Bühne spricht, einen Tisch vor mir gemütlich 4 Mann beim Rauchen. Ich gehe weiter durch den Saal und beobachte dasselbe noch an 8 Tischen. In einer Funktionärsführung, wo über das zukünftige Schicksal von 30 000 bis 35 000 Massenangehörigen beraten werden soll, da sitzt ein Teil der Vertrauensleute beim Glücksspiel! Und zumeist jene Leute, die sich jetzt in der Arbeiterbewegung durch radikale Phrasen so unangenehm bemerkbar machen, deren Urteil über soziale und wirtschaftliche Fragen aber durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist. Raum war dann die Mittagspause eingetreten, da war in knapp 5 Minuten der halbe Saal eine Spielhalle im wahren Sinne des Wortes. An 18 Tischen wurde gespielt. Stat. 17 und 4, Raufscheln und schlesische Votterie. Und nicht um geringe Einsätze, denn ein Pfennigstafel und beim Raufscheln eine Mark Stamm sind für einen Arbeiter noch meiner Meinung ziemlich hohe Einsätze. Kurz vor 2 Uhr wurde die Versammlung wieder eröffnet und selbst bei Entgegennahme des Berichtes des Mitgliedes der Generaldirektion ließen sich einige der Spieler absolut nicht füren.

Anmerkung der Redaktion. Selbstverständlich wird durch diesen Bericht nicht die Versammlung herabgesetzt; eine Verleumdung solch unmaßgebigen Treibens Einzelner scheint uns aber im dringenden Interesse der Arbeiterschaft selbst zu liegen.

Dienste und Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten der Herdwerkstätten morgen, Freitag, mittags 2 Uhr, wichtige Besprechung in Hofstr. 10, Diebold, Neue Friedrichstr. 2. Erscheinen aller dringend erforderlich.

Die Entlassung von Arbeitern in Spandau bezieht sich nicht nur auf die Herdwerkstätten, sondern auf alle Betriebe. Jeder Spandauer Arbeitgeber ist demnach — abgesehen von einigen Ausnahmen für höher bezahlte Angestellte, landwirtschaftliche Arbeiter und Bühnemitglieder usw. — verpflichtet, diejenigen Arbeiter zu entlassen, die weder auf Erwerb angewiesen sind, noch bei Kriegsausbruch einen auf Erwerb gerichteten Beruf hatten oder fortwirtschaftlichen Betriebe, als Bergarbeiter oder als Gefinde berufsünftig waren oder die nicht schon am 1. August 1914 in Spandau ihren Wohnsitz hatten. Als ausdauernder Arbeiter gilt auch, wer nicht am 21. Juni 1914 in Groß-Berlin seinen Wohnsitz hatte und zugleich in Spandau beruflich tätig war.

Es waren in den Staatsbetrieben beschäftigt reichsdeutsche Personen Ende Juni 1914: 14 084, am 15. August 1917: 66 088. Das Personal hat sich hierdurch im Laufe des Krieges nahezu verdreifacht. Die Artilleriewerkstätten sind erst während des Krieges neu hinzugekommen. Im Jahre 1910 waren in den genannten Betrieben rund 9800 Personen beschäftigt, die zugleich in Spandau wohnten.

Siemensstadt. Die „Vorwärts“-Expedition befindet sich jetzt beim Genossen August Gruse, Voltastr. 5. Dort werden auch Bestellungen auf „Freie Stunden“, „Jahob“ usw. angenommen.

Kreistag Niederbarnim.

Die nungewählten Abgeordneten der S. P. D. werden dringend gebeten, ihre volle Adresse dem Unterzeichneten schnellstens einzuliefern.

Franz Schlemminger, Ein.-Weihenstr. 24, III.

Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung.

In einer interessanten Debatte kam es anlässlich eines von Dr. Leidig begründeten Antrags des Bürgerblocks, der Magistrat möge eine beschleunigte Eingabe an die Regierung richten, die Grenzen für wichtige Rohungsmittel und Rohstoffe zu öffnen und die Einfuhr allein dem freien Handel zu überlassen. Bürgermeister Peters erklärte sofort das vollständige Einverständnis des Magistrats, der die Eingabe schon morgen abgeben lassen wollte. Von sozialdemokratischer Seite kämpften Lüdemann und Breitscheid mit großer Sachkenntnis gegen den in seiner Wirkung gemeingefährlichen Antrag an. Die mit ungewohnter Aufmerksamkeit angehörten interessanten und mit Tatsachenmaterial belegten Ausführungen der beiden Redner machten auf den Bürgerblock erschütternd Eindruck, aber die Vertreter der besitzenden Bürgerschaft wollten nun einmal dem freien Handel etwas zu verdienen geben, ohne

Rücksicht darauf, daß die weitere Preiserhöhung der Lebensmittel für unsere Volkswirtschaft katastrophale Folgen zeitigen wird. In der von den Sozialdemokraten beantragten namentlichen Abstimmung stimmten mit den Deutschnationalen sämtliche Demokraten einschließlich des „Linksdemokraten“ Silber für den das Schieberrum begünstigenden Antrag, der das eine Gute für sich haben wird, daß er bei der Regierung in den Papierkorb wandert.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Freitag, auf die nicht eingelieferten Fleischmarken der vergangenen Woche können auf jede Fleischmarke 25 Gramm Hähnchenfleisch und 25 Gramm Gries bis Sonnabend, 10., bezogen werden, und zwar in den Geschäften, in denen die Abchnitte 18—20 der allg. Lebensmittelkarte angemeldet sind. Wer diese Abchnitte nicht angemeldet hat oder in den zuständigen Geschäften die Ware nicht erhält, kann sie in besonders bekannt gemachten Geschäften beziehen.

Berlin. Auf Abchnitt 20 nicht 200 Gramm Gries, sondern 200 Gramm Teigwaren. Bis morgen, Freitag, im 226., und bis Montag, 12., im 121., 124., 125., 126., 128., 130. bis 132., 182. und 196. Postkommisshausbezirk 125 Gramm Gries.

Buchholz. 1/2 Pfund Graupen auf Abchnitt 18—19 (44 Pf.). 1/2 Pf. Rautenbrot bzw. Narmelade (Abchnitt 22). Mittwoch von 1/4—7 Uhr bei den Reichlichen Fischverkaufl.

Spandau. Donnerstag bis nächsten Mittwoch Verkauf von 50 gr Brotstett (60 Pf.) auf Abchnitt 12 der Einfuhrkarte. Als Ersatz für die gefällte Kartoffelkarton von heute ab auf Abchnitt 13 und 14 der Kartoffelkarte 250 gr Brot oder 200 gr Roggenmehl; vom Freitag ab Abchnitt 15 und 16 derselben Karte 200 gr Hähnchenfleisch (72 Pf. das Pf.). — Für die laufende Woche pro Kopf 1/2 Pf. amerikanisches Mehl auf Feld 10 der Einfuhrkarte. Anstelle des amerikanischen Mehles kann auch die gleiche Menge inländisches Weizenmehl (94 %, Ausmahlung) bezogen werden. In diesem Falle ist der Abchnitt der Einfuhrkarte vorher im Zimmer 107 des Rathhauses zwecks Abmeldung vorzulegen. Nach die Abchnitte 1—3 der Reichsweizenkarte werden vom Freitag ab 50 gr Ackerbohnen und auf die für die Woche vom 28. April bis 4. Mai geltenden Abchnitte 1—5 100 gr Ackerbohnen auszugeben. Gleiche Mengen werden auf die für die Woche vom 21.—27. April geltenden Abchnitte 1—3 der Ackerbohnenkarte und auf die für die Woche vom 28. April bis 4. Mai geltenden Abchnitte 1—3 derselben Karte auszugeben. Preis 90 Pf. das Pf. Auf Feld 228 eine Zitrone. Verkaufspreis bei 200er Packung 1 M., 300er 70 Pf. und bei 300er Packung 60 Pf. je Stück. — Freitag, den 9. d. M., werden die Zitronen auf Feld 241 unter den gleichen Bedingungen abgegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteiaktionäre, Betriebsvertrauensleute, Arbeiter-räte der S. P. D.

Heute, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr: Funktionär-Konferenz im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: Die politischen Rahmregelungsbeschlüsse des Berliner Volksrates und der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldaträte. Die äußerst wichtige Tagesordnung macht vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig. Der Bezirksvorstand.

Die auf heute, Donnerstag nachmittags 6 Uhr schriftlich einberufene Versammlung der Funktionäre der S. P. D. nach den Germania-Praktikanten findet im Anschluß an die Funktionärsführung im Lehrervereinshaus Alexanderplatz statt.

Berlin, 38. Abt. Montag, 12. Mai, 7 Uhr, Marinekafino, Kirchstraße 18: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung; Stellungnahme zum Parteitag.

Charlottenburg. Morgen Freitag, 7 Uhr, Volkshaus, Kottbuser Str. 3: „Demokratie und Arbeiterräte“. Berichte von der Kreis-Generalsammlung und vom Bezirkstag. Verschiebener.

Schöneberg. Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie. Sonntag, 10 Uhr, Aula der Hohenzollernschule, Belgischer Str. 2. Öffentliche Volksversammlung: „Die einheitliche Front des Proletariats“. Referenten: Eduard Bernstein und Helmuth Strauß. Fortsetzung der Aussprache.

Jungsozialistische Vereinigung. Heute abend 1/2 Uhr, Vortrag: Die großen Utopisten. 19—24jährige Parteigenossen und Vorwärtsleser sind hierzu eingeladen.

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirksverein Berlin 6. Versammlung nicht heute Donnerstag, sondern morgen Freitag, abends 7 Uhr. — Allgemeine Familien-Zerbesesse. Sonntag, den 11. Mai, Zahl- und Kalmahelag von 3 bis 6 Uhr im Restaurant, Verhaffstraße 1213. — Arbeiter-Abkündigten-Bund. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gymnasium, Niebuhrstr. 12 (Nahg. 1 links): Vortrag. Alfred Brümmer: „Zielungsweisen“.

Briefkasten der Redaktion.

Am Donnerstag und Freitag, den 8. und 9. Mai, findet die Juristische Sprechstunde von 3 bis 1/2 Uhr statt.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Entwurf läßt man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskünfte wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 5, 3. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7. Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftliche und Verträge sind mitzubringen.

6. M. 1918. An das für Koblendorfs südbahnter Plandebant. — W. J. 1. Dem Niedertrage entsprechend. 2. Die Koblendorfer ist zu wählen, Baumwollenerzeugung erfolgt. — W. St. 12. Das hängt vom Raffenanzi ab. — E. 25. Richten Sie Ihre Anfrage an den Transportarbeiterverband, Berlin, Engelauer 15. — S. S. Ra. — 2. W. 100. Ja. — S. S. 23. 1. Dazu ist der Brief verpflichtet. 2. Das ist nicht zulässig, es kann event. nur auf Nichterfüllung gefasst werden. — R. S. 33. 1. Ministerium für Volkswohlfahrt, Berlin, Wilhelmstraße 64. 2. Minister Eiserwald (Zentrum). Unterhaushaltsreferat Gräbe (Soz.). — W. S. 84. Wenden Sie sich an die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Berlin SW, Charlottenstr. 85

Befanntmachung.
Für das Badebureau werden für die Dauer der diesjährigen Kurzeit drei männliche oder weibliche Dienerinnen gesucht. Eintritt für zwei zum 15. Mai 1919, für die dritte Dienerin zum 1. Juni 1919. Anträge bedingungslos erhalten von Doering, Wohnungen unter Freigang vom Eisenlauf und Bergschneisen und unter Angabe der Gehaltsansprüche umgeben an die Direktion, Köthener Ufer 61, 2. Mai 1919. Die Badeleitung.

Sektkorke,
gebraucht, Stück 20 Pl., Wein-korke, lange, Stück 4 Pl. kauft Sperber, Zehdenicker Straße 14 (Rosenthaler Tor), Norden 4863.

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende
Zahnpaste

AMBI-DACHSTEIN-
Maschine für Handbetrieb

AMBI Abt. II Charlottenburg 9.

MÖBEL
Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.

MÜLLER
Berlin, Alexanderstr. 31, Tel. Kest. 1737.

Installationsgeschäft
Lehrer Köpfer, oder ähnlich qualifiziert für Gas, Wasser und Elektricität nebst Vertheilung wegen Grundstücksübernahme lot zu rechnen. Wohnen bei Sokale, Charlottenburg, Wilmersplatz 11. Gartenstr. 1.

Piano kauft
Asser, Platanenstraße 1, Fernspr. Roabit 7310.

Wirklich!!!
Billig und recht fast nur gediegene Speisezimmer, aparte Herrenzimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer und Küchen nur im

Möbelhaus Osten
20 Hindenburgstraße 30

Handelsschule
Kaufm. Unterricht u. Fortbild. 3 Einjähr. Berufschul. (Eisen-Dr.-Gefäss)

Schreibmaschinen
Große Anz. all. System. Rechen-, Heiß-, Kopier- u. vervielfältig.-Maschinen

Organisations- und Bureau-Gebäl
Eig. Reparaturwerkstat u. Organisationsbureau

Wilhelm Dreusicke
Kommendantenstr. 60

Möbel
günst. Einkauf Speise-, Herren-, u. Schlaf-, Zimmer, Küchen

DORN, Weimelsterstr. 9
unwelt Plandkammer.

Moderne
Küchen v. 395 M. an. Komplette

Schlafzimmer v. 1500 M. an, sowie Speise- und Herdzimmer in großer Auswahl u. in allen Preislagen empfiehlt

Möbelhalle „Osten“
Alexanderstraße 14 b. an der Schickelstraße.

!!! Geld !!!
für jede Wertpapiere, höchste Ankaufpreise für Pfandbriefe, Prämien, Goldgegenstände, Leihbriefe, Wäcker usw. Weiß, Friedländerstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Mandoline, Laute,
Gitarre, Wandergitarre, 45.—, erstl. 35.—, Konzertlaute 125.—, 145.— (Unterstützt 2. Monatsbonus, event. 10 Pf. Schnelldreie). Ankaufserlöse mit Subjekt 125.—, Konzert gelbe 65.—, Ernst, Oranienstr. 196 III.

Schöne Augenbrauen
lang, kräftige Wimpern, haben die und Auswurf. Schnelles Wachstum bewirkt reiches, blühendes Augenbrauenhaar. — Spezialisiertes Augenwasser vergrößert die Augen, macht sie strahlend und anziehend. Pl. 4 u. 7 R. Otto Reichel, Berlin 61, Ostendstraße 4.

300 Ruten
mit Oelölansatz
haben wir nahe dem Nordhafen, nicht sehr weit von der neuen Engels-Parkstraße gelegen, jetzt preiswerter für 300 000 zu verkaufen. Auf dem Grundstück befindet sich ein Gebäude für Bureau und Lagermode mit circa 1500 qm nutzbarer Fläche.

lar. Schmidt Söhne, Engelsplatz 112, 6. Stock, Zentrum 12800—3 u. 3066.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipz. Str. 73 III höchste Bezeichnung Diskret, Realitäre Gütergeschäfte, Käufe, Ueber-, Brillanten, Schmuckarbeiten.

10—50 % unt. Ladenpr.

Elektro-Motore
Superschnelle und andere elektrische Motoren auch Elektromechanik Zentrum Auguststr. 16. Tel. Weg. 4782

Kaufhäuser
Kaufhäuser samt Frau verleiht das Radfahren mittel „Problematik“, 1/2 Flasche m. Waschpulv. 3,90, 1/2 Flasche m. Waschpulv. 5,30 Löwen-Apothek, Hannover.

Gemüsenpflanzen.
Salat, Kohlrabi, Rot-, Weiß-, Bismarckbohnen, Zucchini, Kürbis frisch gezogen, empfehlen in jeder Menge.

E. Boese & Co.
G. m. b. H., Berlin C 25, Landsberger Str. 46.

Tafelklavier
oder älteres Piano, auch Flügel (auch Drescher, Reutemann) Verkaufsst. 50 III, Verisungsbld erdten.

Bilz
Sanatorium Dresden-Kadebau Voller Betrieb Druggen frei

Piano, Harmonium,
Flügel, neu, gebauert, Beschäftigung, verkauft billig

Grupp, Oranienstr. 196 III.

Klavier
entf. Flügel u. Harmonium fast Schachtelklavier, Dautower Straße 14, III (Steinungsb.)

Kaufhäuser
Kaufhäuser samt Frau verleiht das Radfahren mittel „Problematik“, 1/2 Flasche m. Waschpulv. 3,90, 1/2 Flasche m. Waschpulv. 5,30 Löwen-Apothek, Hannover.

Organisations- und Bureau-Gebäl
Eig. Reparaturwerkstat u. Organisationsbureau

Wilhelm Dreusicke
Kommendantenstr. 60

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Das Haus tritt in die Fortsetzung der Beratung des Staatshaushaltsplanes ein.

Abg. Schubert (Soz.):

Die große Not, die der Krieg über die Masse der Arbeiterschaft gebracht hat, ist auch heute noch nicht überwunden. Selbst die jetzt vielfach erzielten Löhne entsprechen durchaus noch nicht der ungeheuerlichen Teuerung. Bei der Betrachtung des Eisenbahn-Etats im besondern darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Schwierigkeiten und das bedauerliche Defizit nicht in erster Linie durch die Forderungen der Eisenbahner hervorgerufen worden sind. Gerade wegen der ungenügenden Besserung der Eisenbahnerlöhne durch die alte Regierung war die neue Regierung zu einem gründlichen Wandel gezwungen; so erklären sich die augenblicklichen bedauerlichen Verhältnisse. Jeder sozialisierte Betrieb muß natürlich seine Unkosten decken können. Die Verschuldungen der alten Regierung müssen durch

eine vernünftige Steuerpolitik

wieder wettgemacht werden. Die bisherige Steuerpolitik war ganz auf den kleinen Mann, den Arbeiter und den Angehörigen zugeschnitten; diese Kreise konnten der Steuerbehörde keinen Pfennig verheimlichen, weil ihre Arbeitgeber sogar zur Angabe der Einkünfte aus Überstunden gezwungen waren. Eine so scharfe Beobachtung des Einkommens ist von der alten Regierung auf dem Lande nicht geschaffen worden. Jetzt ist deshalb ganz besondere Gründlichkeit notwendig, denn es läßt sich nicht leugnen, daß das Land ganz außerordentliche Kriegsgewinne gemacht hat.

Nur Dehuna der Produktion auf dem Lande befürworten meine Freunde die Entwicklung eines gesunden Kleinbauernstandes; die Aufhebung der Pächterkommission ist eine unbedingte Notwendigkeit. In erster Linie wird aber eine Produktionssteigerung durch genossenschaftliche Bewirtschaftung zu erzielen sein. Wir fordern die Trennung von Kirche und Staat. Durch die Verwaltungsreform muß eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt werden. Wenn die Streiks so weitergehen, wird unser Wirtschaftsleben gerüttelt.

Schuld an dem Zusammenbruch sind die Adressaten,

die immer weiter zum Krieg geführt haben. (Lärm rechts.) Die Landwirte haben die Preise für Lebensmittel auf eine Höhe getrieben, die mit den Produktionskosten nicht mehr vereinbar ist. Durch diese Nahrungsmittelpolitik ist es misslich auf dem Streik, mahant. (Lärm rechts.) Alle Streiks, die heute erfolgen, sind ein Verbrechen. (Lärm bei den U. Soz.) Die Lage der Arbeiter ist durch die Streiks nicht verbessert, sondern verschlechtert worden. (Lärm bei den U. Soz.) Die Kriegsgesellschaften haben mit dem Sozialismus nichts zu tun. Es ist unerhörlich, daß man Diktatoren der Kriegsgesellschaften als Delegierte nach Versailles geschickt hat. (Lärm, Hört!) Die Sozialisierung muß immer einer Produktionssteigerung gleichkommen. (Weißfall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Prastel erklärt, daß gestern der Abg. Hoffmann den Jurist „Lügen-Niedel“ gebraucht haben solle. Wenn er ihn gehört hätte, so würde er den Abgeordneten Hoffmann zur Ordnung gerufen haben.

Abg. von Richter (D. Sp.): Der Vorredner hat Beweise dafür anzuzeigen, daß deutsche Unternehmer die Sozialistenbetörung durch Geld unterstützt hätten. Er hat sich einer schamlosen Verleumdung schuldig gemacht.

Vizepräsident von Rries rügt diesen Ausdruck.

Abg. von Richter: Was den Etat selbst betrifft, so hat uns der Finanzminister angegeben, daß das Jahr 1918 mit über 2 Milliarden Mark Defizit abschließt, ein Ergebnis, das man bis dahin in der preussischen Geschichte für undenkbar gehalten hätte. Weiter sollen die Einnahmen durch eine erhöhte Einkommen- und Ertragssteuer aufgebracht werden, wobei die Freilassung der Einkommen bis zu 2000 M. von Zuschlägen beabsichtigt ist. Das billigen wir, ebenso, daß die Zuschläge zu den höheren Einkommen höher sein sollen als zu den mittleren. Solange Deutschland kein Einheitsstaat ist, ist das Reich verpflichtet, bei seiner Steuerpolitik auf die Erlöse der Bundesstaaten Rücksicht zu nehmen und darf ihnen die Quellen unter keinen Umständen entziehen, ohne die die Bundesstaaten und die Gemeinden ein selbständiges Dasein nicht führen können. Nun sind die an das Reich gestellten finanziellen Anforderungen so ungeheuerlich, daß die alte Scheidung, dem Reich die indirekten, den Bundesstaaten die direkten Steuern, nicht aufrecht zu erhalten ist, sondern das Reich notgedrungen auch auf direkte Steuern die Hand legen muß, aber das darf nicht ohne vorherige Verständigung mit den Bundesstaaten geschehen. Die Kollage der Beamten hat einen Grad erreicht, der von der Regierung nicht weiter gebuldet werden kann. Organisierter Meuterei bedarf das Gebiet der Unterhaltung der Volksschule; eine klare Scheidung bezüglich der Leistungen für die Schulen zwischen Staat und Gemeinden muß eintreten, die jegliche Quantität, wo niemand weiß, woran er ist, muß verschwinden. Bei der Auswahl der Beamten soll ohne Rücksicht auf die politische Anschauung und Parteigehörigkeit entschieden werden.

Wir müssen den höchsten Wert auf einen tüchtigen, ehrlichen, treuen, integren Berufsbeamtenstand legen.

Wir Deutschen sind auf Generationen hinaus ein verarmtes

Volk. Angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde müssen alle Deutschführenden zusammenstehen. (Weißfall rechts.)

Landwirtschaftsminister Braun: Entsprechend der Reichsdeklarationsordnung wird das Landwirtschaftsministerium dafür geeignete Domänen aufteilen, zur Aufteilung nicht geeignete dagegen so verwenden, daß sie einen möglichst hohen Ertrag erbringen.

Ein Verlagsantrag wird gegen die Unabhängigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Der Wiederaufbau und die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft ist nur durch Sozialisierung zu erreichen. (Lärm rechts.) Die Opfer des Belagerungszustandes schmachten zu Hunderten und Tausenden in den Gefängnissen, und wie es dort aussieht, das haben wir aus den Nachrichten ersehen, die die unglücklichen Opfer haben an die Öffentlichkeit kommen lassen. Es wird uns gesagt, die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Belagerungszustandes seien noch nicht gegeben. Aber das Volk kann nicht und wird nicht länger warten. (Zuruf rechts: Wollen Sie sich mit den Millionen Ihres Schwiegervaters auch zum Tode rechnen?) Das ist leider nur ein Märchen, ich habe noch keinen Pfennig von meinem Schwiegervater bekommen. Vizepräsident Frenzel: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen! Zu den tollsten Zuständen führt der Belagerungszustand auf dem Gebiete der Pressefreiheit. Die „Rote Fahne“ und die „Republik“ sind immer noch verboten. Giechorn ist als Mitglied der Nationalversammlung imman. Trotzdem erkennt man das nicht an.

Abg. v. Dannenberg (Welfe) führt Beschwerde über die Arbeiten am Mittelstand, durch die die Landesversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werden soll.

Donnerstag, 12 Uhr, Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter Deutschlands.

(Schlußtagung.)

Weimar, den 6. Mai.

Über den Abschluß eines neuen zentralen Tarifvertrags berichtet Paepow. Nach einer Schilderung über den Gang der Verhandlungen geht er auf die Verbesserungen ein, die der jetzt vereinbarte Tarif gegenüber den früheren aufweist. Die Kollisionsklausel, die Arbeitsnachweisfrage in Verbindung mit der Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Regelung der täglichen Arbeitszeit bei mangelnder Beschäftigung, die Affordarbeit und auch die Festsetzung der Löhne für Hochbauarbeiter, wenn sie in Tiefbauarbeiten beschäftigt werden, haben eine Änderung erfahren, die den langjährigen Forderungen der Bauarbeiter weit mehr gerecht wird als bisher. Das Ergebnis der dritten Verhandlungen, soweit es sich bis heute überblicken läßt, ist dahin zusammenzufassen, daß der jetzige Lohn die 3/4fache Höhe des Friedenslohnes erreicht hat. Wo die dritten Verhandlungen nicht zu Ende geführt worden sind, wird die endgültige Regelung durch ein Schiedsgericht herbeigeführt werden müssen. Wenn der Verbandstag sich für den Abschluß des Tarifvertrags auf ein Jahr entscheidet, wird er den Verhandlungsstand mit der Vollmacht beauftragen müssen, die endgültige Regelung vorzunehmen.

Über den

Tarifvertrag im Tiefbauwerke

berichtet Behrendt-Homburg. Der Wortlaut dieses zum erstenmal vereinbarten Vertrages schließt sich mit wenigen Veränderungen dem des Hochbauwerkes an. In bezug auf die Lohnhöhe besagt er, daß den Erd- und Tiefbauarbeitern die gleichen Löhne gezahlt werden müssen wie den Hilfsarbeitern im Hochbauwerke.

In der Diskussion wird von einer Anzahl Rednern die Zufriedenheit über die erreichten Verbesserungen ausgesprochen. Bemängelt wird nur, daß es nicht möglich gewesen ist, auch Löhne der Lehrlinge zu regeln. Es wird auch wiederholt gewünscht, daß eine Vereinheitlichung der Löhne in den verschiedenen Sparten der Mitglieder eintritt zugunsten der ungelerneten Arbeiter, deren Löhne aufzuheben müssen. Ebenso wird von den Rednern die zentrale Regelung der Lohnfestsetzung vorgeschlagen. Es wäre damit erreicht worden, daß eine größere Einheitlichkeit in der Lohnsetzung erzielt werden wäre.

Angenommen wird ein Antrag, dahin zu wirken, daß die Löhne der Hilfsarbeiter denen der gelernten Berufe möglichst gleichgestellt werden.

Der Abschluß der Tarifverträge für das Hoch- und Tiefbauwerke wird gegen 6 Stimmen angenommen.

Alsdann erfolgte die Regelung der Gehälter der Verhandlungsstellen, die in minimaler Weise erhöht wurden.

Einige zum Statut gestellte Anträge wurden nach kurzen Beratungen und Abstimmungen abgelehnt oder durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Beschlossen wurde, vorübergehend die Streikunterstützung um 50 Proz. zu erhöhen. Kriegsteilnehmer, die bis zum 30. Juni 1919 29 erhöhte Beiträge bezahlten, erhalten ebenfalls die höheren Unterstufungsätze.

Zur Sozialisierungsfrage

Sprach Ellinger, Redakteur des „Grundsteins“. In der mehrstündigen Debatte plädierten die Ansichten scharf aufeinander. Hedert-Chemnitz forderte Räteherrschaft, Diktatur des Proletariats, entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten, Inangriffnahme der Sozialisierung aller Betriebe innerhalb drei Monaten. Die große Mehrheit der Delegierten steht indes auf dem Boden der Rechtssozialdemokratie, die die Sozialisierung vornehmen will auf dem Boden der Demokratie, und die entsprechende Resolution des Referenten wird angenommen.

Mit begeisterten Abschiedsworten fand der Verbandstag sein Ende.

Parteinachrichten.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei für Schwarzburg-Rudolstadt

lehnte einen Antrag auf Uebertritt zur U. S. P. D. nach Anhörung eines Referats des Unabhängigen Dittmann und längerer Diskussion hierüber mit 81 gegen 4 Stimmen ab. Dem Referenten trat namentlich Genosse A. Hofmann wirkungsvoll entgegen.

Die Kriegssteuern von 1918. Unter diesem Titel hat der Vorstand der S. P. D. eine vom Genossen Keil verfaßte Schrift im Vorwärts-Verlag herausgegeben, die den großen Vorzug hat, in klarer, gemeinverständlich Weise das letzte Steuerprogramm des alten Regimes zusammenfassend zu beleuchten. Die einzelnen Steuerarten sind angeführt und erläutert, die Modalitäten ihrer Behandlung im Parlament niedergelegt. So gibt die Schrift ein klares Bild des Stückwerkes, das — gegen den Willen der Sozialdemokratie — unsere Steuerleggebung beherrscht hat. Die Haltung der Partei zu den Regierungsentwürfen, die alle noch in der Hoffnung auf einen raschen Sieg formuliert wurden, ist ein bedeutungsvoller Beitrag für das Verständnis der künftigen Steuerleggebung, welche die Gefahren des unfruchtbaren Kompromisses früherer Tage vermeiden muß, will sie nicht in die alten Fehler verfallen. Dem heimgekehrten Krieger ist diese Zusammenstellung eine überaus wertvolle Beihilfe, um sich in dem Buz der neuen Steuern zurechtzufinden.

Soziales.

Der Anwaltszwang.

Bei allen Kollegialgerichten, d. h. bei Gerichten vom Landgericht aufwärts, besteht für Zivilprozesse die Verpflichtung der Parteien, einen bei dem betreffenden Gericht zugelassenen Rechtsanwalt mit der Vertretung zu beauftragen.

Diese für die Rechtsanwälterschaft sehr einträgliche Vorschrift bedarf der Aufhebung. Der Anwaltszwang erschwert nicht selten die Prozeßführung und bildet auch wenig Benutzten unnötige Kosten auf. Die Anwaltskosten sind im letzten Jahrzehnt wesentlich erhöht, und die Rechtsanwälterschaft auch jetzt wieder eine erhebliche Erhöhung an. Solange aus finanziellen Gründen der Grundsatz: „freier Rechtszustand“ nicht verwirklicht werden kann, muß die Befreiung des Anwaltszwanges auch für die Zivilgerichte gefordert werden.

Ein Verein der Zivilinvaliden

hat sich in Bremen gebildet. Mitglieder können alle Unfall-, Invaliden- und Altersrentner werden, sowie auch solche Personen, die bei Geburt als Krüppel zur Welt gekommen sind. In einer städtischen Versammlung wurde anerkannt, daß eine lokale Bewegung nicht hinreichend sei, Verbesserungen in der Kollage der Invaliden zu erzielen. Es wurde deshalb beschlossen, sich an die Invaliden des Reiches zu wenden mit der Aufforderung, in allen Städten gleiche Vereinigungen zu bilden, um geschlossen an die Reichsregierung heranzutreten zu können und die gemeinsamen Forderungen zu unterbreiten. Die gezahlten Renten ständen in keinem Verhältnis zu der bestehenden Teuerung. Gleich den Kriegsschädigten sollten die Zivilinvaliden auf dem Posten sein, um ein Mitbestimmungsrecht bei der kommenden Regelung der Invalidengesetzgebung zu erhalten. Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Nachdruck gebeten.

G. Ritsche, Bremen, Auf der Kuhlen 6.

Gerichtszeitung.

Die Charlottenburger Wärgelampe beschäftigt das außerordentliche Kriegsgesicht. Am 6. März fanden vor dem Charlottenburger Rathaus Krawalle statt, die sich in der Kirchstraße zu Kämpfen zwischen den Aufständern und den Regierungstruppen entwickelten. Der Heizer Franz Aura, der den Krieg mitgemacht und sich das Eisene Kreuz erworben hat, galt dem Gericht durch die Beweisaufnahme für überführt. Schüsse auf die Regierungstruppen abgegeben zu haben. Bei den Kämpfen hat es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben. Der Angeklagte bestreitet seine Schuld, wenn er auch zugab, am 6. März sich ein Gewehr aus der Schule geholt zu haben. Er will dies nur getan haben, weil er sich über das Benehmen zweier junger Soldaten geärgert habe, die spitz Redensarten machten, als im Volksgedränge zwei weibliche Personen zu Boden gestürzt seien. Nun hat er sich aber Arbeitskollegen gegenüber seiner Tat selbst gerahmt und sich dahin geäußert, er habe sich ein Gewehr geholt und auf die Regierungstruppen geschossen; diese seien tüchtig gelaufen. Der Angeklagte behauptete bis zuletzt seine Unschuld. Nach der Beweisaufnahme hielt ihn aber das Gericht überführt und verurteilte ihn zu 6 Jahren Zuchthaus.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag: Im Norden trocken und vielfach heiter. In den Tagesstunden ziemlich mild, im Süden noch überwiegend bewölkt bei mäßigen östlichen sowie südöstlichen Winden.

Elektrische Installationen

sofort ausführbar!

Für Fabriken, Werkstätten, Wohnungen, Geschäftslokale usw. Wohnungsinstallationen auf Wunsch gegen Amortisation.

Beleuchtungskörper jeder Art.

Technische Ratschläge (Ingenieurbesuch) kostenlos.

Fabrik für Glühlichtbedarf. Abteilung: Elektrische Installationen. Telefon: Königsplatz 8233 — Berlin O II.



Wäsche

und in selten gesehener Auswahl finden Sie bei uns neben Kleidungsstücken, wie Mänteln, Kleidern, Blusen und Röcken, jetzt besonders **entzückende, einfarbige Kostüme,**

so z. B. das nebenstehende, das aus einer guten, dauerhaften Diagonaleware gefertigt, mit schöner Seidenstepperei verziert ist, tadellose Verarbeitung hat und doch nur — in verschiedenen hübschen Farben —

M. 180.—

kostet.



C & A

Königsstr. 33 **Chausseestr. 113**
2ten Hofhof Alexanderplatz 2ten Cettiner Hofhof
 Sonntag geschlossen

Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer

- bestehend aus:
- 1 Büfett
 - 1 Kredenz
 - 1 Anzehtisch
 - 6 Stühlen

zusammen M. 2850

Herrenzimmer

- bestehend aus:
- 1 Bibliothek
 - 1 Schreibtisch
 - 1 runden Tisch
 - 1 Schreibessel
 - 2 Stühlen

zusammen M. 2450

Schlafzimmer

- bestehend aus:
- 1 Schrank mit Spiegel, Eiche
 - 1 Waschtölette mit Spiegel und Marmor
 - 2 Nachtschränke mit Marmor
 - 2 Bettstellen
 - 2 Patentböden
 - 2 Stelligen Auflegematratzen mit Keilkissen
 - 2 Stühlen
 - 1 Handtuchhalter

zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung

von ca. 300

Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.

Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.

Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen in einfacher, mittlerer und eleganter Art.

Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspicherei

M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dircksenstr. 31
 am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.



Für das Mittagmahl des bürgerlichen Haushaltes verwendet die sparsame Hausfrau Salzgewürze wie Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Spinat, Möhren, Bohnen, die sie bei jedem Kleinhändler beziehen kann.

Vertreter: Agenturen für Lebensmittel G. m. b. H., Berlin S 89; Hasenheide 88; Curt Beuermann, Berlin W 15; Rudolf Carius, Berlin NW 52; Dalbor & Möhring, Berlin C 2; Johann Dettmann, Bln.-Wilmerdorf; Landhausstr. 31; Franz Josef Gfrörer, Berlin W 30; H. Hackbarth, Berlin N; Otto Hanke, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 145; Otto Herms, Berlin NO 55; Gerhard Hinsching, NW; Ludwig Kanter, Berlin W 30; Wilhelm Krantz, Berlin NW, Paulstraße 23; Georg Kiewitt, Berlin S 61, Bärwaldstraße 16; Walter Köster, Berlin-Wilmerdorf; August A. Runge, Berlin N 54; Heinrich Lottmann, Berlin SW, Hagelberger Straße 29; Fritz Manasse, Charlottenburg; Franz Pasch, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 114; H. Pasack, Berlin W 30, Nachodstr. 24; Eugen Riel, Berlin W 57; Salo Rubin, Berlin NW 23; Wilhelm Runge, Berlin C 2; Eugen Samml, Berlin W 30; August Schönebeck, Berlin N 58, Treskowstraße 47; Reinhard Schwarz, Berlin W 87; J. Sternberg, Berlin-Schöneberg, Berchtesgadenstr. 14; Wilh. Willgerodt, Berlin-Wilmerdorf; W. Wolke, Berlin W, Kurfürstendamm 114; Herzberg & Co., Charlottenburg; Gustav Heynemann, Berlin NW 50, Drakestr. 11.

Großhändler: Max Schneider, Cöpenick, Müggelheimer Straße; I. Gosowsky, Magazinstr. 17 (Berlin); Wilhelm Goebel, Gr. Frankfurter Str. 37; Max Häusser & Co., Berlin N 4, Bergstr. 34; Verein für Volksküchen, B.-Wilmerdorf; Gebr. Weigert, Berlin SW 68; Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, Lichtenberg, Ritterstraße 16; Werner Eberlein, Berlin, Stralsunder Str. 14; E. Schröter, Berlin SO 16, Adalbertstr. 53; Gebr. Hajesch, Berlin O, Weidenweg 24; Gebr. Groh, Berlin SO 16, Schmidtstr. 5; Verein für Volksküchen, Berlin-Schöneberg; Möller & Braun, Berlin N 54, Lothringer Straße 43; Gebr. Gause, Berlin C, Brüderstr. 7; E. Buchholz, Berlin-Cöpenick; Ernst Hoffmann, Berlin-Cöpenick, Kaiser-Wilhelm-Straße; Einkaufsgenossenschaft Cöpenicker Kolonialwarenhändler in Cöpenick; Otto Schoening & Co., Berlin-Friedenau, Lauterstr. 16; Paul Brand, Berlin-Cöpenick; Einkaufsgenossenschaft Pankower Lebensmittelhändler, Pankow; Wilhelm North, Berlin; Albert Müller, Berlin, Petersburger Straße; J. D. Riedel A.-G., Berlin; Wilhelm Hankeln, Schöneberg; August Adalbert Kunze, Berlin N. 54, Lothringer Str. 8; Robert L. Liebrecht Nachf., Berlin N. 54, Lothringer Str. 106; Wilhelm Salzwedel, Berlin O 112, Knorrpromenade; Albert Herlitz, Berlin NO. 18, Waßmannstr. 15; Richard Retzlaff, Berlin-Cöpenick; E. Kosmalla, Neukölln; Marcuse & Orbach, Berlin; Albert Schenk, Berlin-Reinickendorf; H. W. Bahmann, Berlin NW 52, Kirchstr. 15.

Zigarren aus reinem Tabak



in allen Preislagen von 65 Pfg. an.

Zigarillos, Schweizer Stumpfen, reiner Rauchtobak i. Paketen.

Echter Schmalzler Schnupftobak 40 Pf. das Päckchen.

Gustav Haase Nachf. (Inh. K. Schwarz)

Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Möbel

jeder Art preiswert

Große Auswahl

Möbel-Lechner

BERLIN
 Brunnenstraße 7,
 Nähe Rosenthaler Platz.

Zeit-Arbeit-Geld

spart du bei Verwendung von

Schuhcreme Perlstern



Luxus-Qualität * Haushalt-Marke
 zu haben in allen einschlägigen Geschäften,
 CHEMISCHE WERKE GEBR. SCHULTZ, PERLEBERG

Ein Freudentag ist der Waschtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitzeit, Arbeitslohn, Selt- und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markentfreien Seltenerstärkungen, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurzeit in Frage kommenden Teuerungsausgleich von 61 Mark an.

Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
 „Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale,
 Berlin-Wilmerdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Weltbekannt und anerkannt

ist der **Vervielfältigungs-Apparat Schapirograph.**

Wieder mit echten Glycerin-Rollen lieferbar!

Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung. Einfachste und praktischste Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungsapparat.

Man verlange kostenfrei Prospekt u. Druckproben.

A. Schapiro, Berlin C, Stralauer Str. 56.
 Telefon: Zentrum 7891. 6/2*

Zähne m. echtem Friedenskautschuk 4 M.
 5 Jahre Garantie. Schmalzler m. Verbindung
 bei Bestellung u. Gebissen gratis. Goldkrone u. 20 Pf. an. Spei-
 Zähne ohne Zahnarzt. **Zahnpraxis Hatvani,** Borsinger Straße
 Baumweg, Ecke Cöpenick, 114